

(Ministerin Ilse Brusis)

(A) In diesem Jahr haben wir das Jahr des Schulsports begonnen, für das auch im Jahre 2000 wieder 100.000 DM bereitgestellt werden.

Unter dem Motto "Mehr Bewegung in die Schule" wollen die beiden mit der Umsetzung der Initiative beauftragten Ministerien und der Landessportbund deutliche Akzente zur Förderung des Schulsports setzen und richtungsweisende Impulse für den Schulsport der Zukunft geben.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu einem humanen Leistungssport, der eine wichtige Aufgabe unserer Sportpolitik bleibt. Uns geht es darum, die Jugendlichen entsprechend ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu fördern und zu unterstützen. Mit den 1,9 Millionen DM für die Betriebskostenzuschüsse für Olympiastützpunkte und Bundesleistungszentren, den 500.000 DM für Landestrainerinnen und Landestrainer sowie den 200.000 DM für die sportmedizinische Betreuung der D-Kader und weiteren 200.000 DM für Talentsuche und Talentförderung können wir auch im Jahr 2000 Mittel in derselben Höhe zur Verfügung stellen wie in diesem Jahr.

Frau Kollegin Schraps, Sie haben darauf hingewiesen, daß sich im Bundeshaushalt ankündigt, daß wir für das Jahr 2001 mit Einsparungen und Kürzungen für Leistungszentren und Olympiastützpunkte rechnen müssen.

(B)

(Unruhe - Glocke)

Das stimmt. Wir werden uns mit dem Problem auseinandersetzen müssen. Allerdings gehen nach meiner bisherigen Beobachtung der organisierte Sport und insbesondere der Deutsche Sportbund sehr viel konstruktiver mit dieser Situation um, als Sie das hier und heute getan haben. Im übrigen sollten wir die Diskussionen, die in den Deutschen Bundestag gehören, nicht hier in den Landtag verlagern.

(Beifall bei der SPD - Dr. Hans Kraft [SPD]:  
So ist es!)

Meine Herren und Damen, auch im Breitensport und im Bereich "Mehr Chancen für Frauen und Mädchen im Sport" mit insgesamt 1,1 Millionen DM können unsere bewährten Programme fortgeführt werden.

Sport für alle ist eben für uns nicht bloß ein Schlagwort.

Zum Schluß: Das Sportland Nordrhein-Westfalen lebt von den Aktiven und den Ehrenamtlichen in

den Vereinen, lebt von den vielfältigen Sportveranstaltungen und der täglichen sportlichen Betätigung der Bürger und Bürgerinnen. Ich denke, wir schaffen auch mit dem Haushalt 2000 dafür eine solide Grundlage.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren! Wird weiter das Wort gewünscht? - Offensichtlich nicht. Dann schließe ich hiermit die Beratung.

Wir haben **abzustimmen** über den **Einzelplan 15 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 12/4515**. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Heinz Hardt [CDU]: 4515 gibt es nicht! 4536?)

- Der Herr Kollege Hardt weist darauf hin, daß es diese Drucksache angeblich nicht geben soll. Wie ist das, Herr Fußbahn?

(Zuruf von der SPD: Was sind das für Unterlagen? Sind die vom letzten Jahr?)

- Herr Kollege Hardt, es ist richtig, wie ich das vorgetragen habe. Aber ich freue mich trotzdem, daß ein Abgeordneter genau aufpaßt, was hier im Hause alles gemacht wird.

(Heiterkeit)

Wir kommen also zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung 12/4515. Wer zustimmen möchte, der möge bitte das Handzeichen geben. - Gegenprobel - Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung des Herrn Kollegen Kreuzt ist die Beschlussempfehlung **angenommen** worden und der Einzelplan 15 gebilligt worden.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 11: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit**

mit den Teilbereichen a) Frauen, b) Jugend und Familie und c) Gesundheit.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 12/4511 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 12/4536 bis 12/4539 und **eröffne** die **Beratung** zum Teilbereich

(C)

(D)

(Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

(A) a) Frauen

Ich möchte als erster Rednerin Frau Kollegin Gemkow für die Fraktion der CDU das Wort erteilen.

**Angelika Gemkow (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei gleicher Qualifikation verdienen Frauen in Nordrhein-Westfalen weniger als Männer. Frauen sind kaum in Führungsfunktionen.

(Unruhe bei allen Fraktionen - Silvia Löhrmann [GRÜNE]: Doch! Hier! - Glocke)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren! Das Frauenthema liegt Ihnen sonst so sehr am Herzen. Bitte haben Sie die Geduld, und hören Sie bitte der Rednerin zu.

**Angelika Gemkow (CDU):** Frauen sind kaum in Führungsfunktionen von Wirtschaft und Politik vertreten. Frauen sind immer noch zuständig für Haushalt und Kinder, auch wenn sie voll berufstätig sind. 350.000 Frauen in Nordrhein-Westfalen sind arbeitslos.

(B) Wenn ich nun auf das vergangene Jahr Frauenpolitik in NRW zurückblicke, muß ich sagen, daß sich an diesen negativen Feststellungen für die Frauen in NRW eigentlich wenig verändert hat. Es hat sich auch durch die vielen teuren Hochglanzbroschüren und die zahlreichen Modelle, die medienwirksam verkauft werden, nicht viel verändert. Ich erinnere hier an die fehlenden Abschlußberichte zur Tagespflege oder zu den Dienstleistungszentren.

Kurz vor Ende der Legislaturperiode ist im vergangenen Monat endlich das Landesgleichstellungsgesetz verabschiedet worden. Der Gesetzentwurf wurde trotz vieler von den Expertinnen und Betroffenen aufgezeigten Mängel und zum Teil ohne Information der Betroffenen in einem Eilverfahren durch die Ausschüsse gepeitscht.

Erfreulich ist, daß sich in diesem Gesetz allerdings einige Punkte befinden, die die CDU in den letzten Jahren hier immer wieder eingebracht hatte. Ich erinnere dabei z. B. an Punkte wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Leider enthält der Gesetzestext jedoch soviel Regulierungen und Bürokratie, bezieht ohne vorherige Absprachen Kommunen, Kommunalverbände,

Kammern und die öffentlich-rechtlichen Wettbewerbsunternehmen ein, die die finanziellen Lasten selber tragen müssen, so daß der tatsächliche Nutzen für die Frauen fraglich bleiben wird.

In den Bereichen, in denen das Land die Finanzverantwortung hat - in Schulen und Hochschulen -, ist das Ziel der Frauenförderung eher auf dem Papier als in konkreten Zahlen zu finden. Wieder einmal ist der Anteil der berufenen Professorinnen zurückgegangen.

Mehrere Instrumentarien zur Frauenförderung sucht man auch vergeblich. Die Möglichkeiten, die z. B. Jürgen Rüttgers und Elke Wilfing schon im Hochschulrahmengesetz eingeplant hatten - nämlich einen Teil der Mittelvergabe an die Hochschulen des Landes an nachweisbare Erfolge in der Frauenförderung zu koppeln -, sind nicht oder nur sehr unzureichend genutzt worden.

Dies ist unseres Erachtens bezeichnend für die Frauenpolitik der Landesregierung. Es wird viel geredet. Medienwirksame Programme und Aktionen werden vorbereitet, doch konkrete, meßbare Verbesserungen bleiben aus.

Ich muß allerdings auch sagen, daß wir in einigen Bereichen des Frauenhaushalts im Konsens sind. Dabei denke ich an die Themen Frauen/Gewalt, Sexualität an Kindern. Hier sind wir - denke ich einmal - gleichermaßen betroffen und auch auf einer Linie und haben das auch durch unsere Abstimmung deutlich gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe eben erwähnt, daß in Nordrhein-Westfalen 350.000 Frauen arbeitslos sind. Priorität hat daher für die CDU die Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Die Herausforderung des Haushalts müßte also darin liegen, alle Mittel zu aktivieren, die zu neuen Arbeitsplätzen für Frauen führen.

Die CDU hat hierzu Anträge gestellt. Völlig unverständlich ist die Ablehnung dieser drei Anträge, völlig unverständlich gerade aus Sicht der Frauen.

Der erste Antrag bezieht sich auf das Landesförderprogramm "Arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfen". Die Kürzung bei der Existenzgründungsprämie für Handwerksmeister und -meisterinnen, genannt Meistergründungsprämie, sollte aufgehoben werden. Wir wollten den Titel um 6 Millionen auf 30 Millionen DM aufstocken.

(C)

(D)

(Angelika Gemkow [CDU])

(A) Zweitens wollten wir die Mittel für das Modellprojekt "Gründercoaching" von 13 Millionen DM auf 22 Millionen DM erhöhen.

Drittens wollten wir zu dem Landesförderprogramm "Arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfe" einen neuen Titel von 20 Millionen DM einrichten.

All das hätte konkrete Arbeitsplätze für Frauen geschaffen.

Wir, die CDU, wollen auch mehr Frauen in Führungspositionen. Obwohl Mädchen mittlerweile einen 52%igen Anteil an den Abiturabschlüssen haben und von den Hochschulabsolventen mittlerweile 40 % Frauen sind, konzentrieren sich immer noch 75 % der Mädchen im wesentlichen auf 25 Berufe. Die typischen Frauenberufe sind immer noch geprägt durch wenig Aufstiegschancen und geringe Verdienstmöglichkeiten.

Wir wollen auch mehr Frauen in Führungspositionen im Landesdienst. Trotz Quotenregelung, trotz vielfältiger Diskussionen hier seit Jahren und bei einem Frauenanteil von 48 % im Landesdienst waren 1997 lediglich 28 % der Frauen im höheren Dienst beschäftigt. An Beförderungen und Höhergruppierungen haben nur 32,6 % der Frauen teilgehabt.

(B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir von der notwendigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei Frauen sprechen, haben die Maßnahmen zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders hohe Priorität. Wir wissen, daß jährlich 320.000 Frauen nach der Familienphase auf den Arbeitsplatz zurückkehren. Die Wiedereingliederung gestaltet sich häufig sehr schwierig. Qualifikationen müssen aufgefrischt, alte Kontakte neu geknüpft werden. Viele Frauen haben durch ihre Doppelrolle "Familie und Beruf" enorme Probleme.

Deshalb unser Vorwurf an die Landesregierung: Die Weiterentwicklung von Hort- und Krippenangeboten fand und findet durch die Landesregierung viel zu wenig statt. Der verständliche Wunsch vieler Eltern, Familie und Beruf stärker miteinander in Einklang zu bringen, scheitert häufig an fehlenden Hortplätzen. Hier muß dringend Abhilfe geschaffen werden. Mit zusätzlich bereitgestellten Mitteln soll begonnen werden, ein bedarfsgerechtes Angebot an Hortplätzen in NRW zu schaffen. Wir haben einen Antrag gestellt, zusätzlich 15 Millionen DM bereitzustellen. Sie haben ihn leider abgelehnt.

Es reicht nicht aus, wenn jedes dreijährige Kind einen Kindergartenplatz hat, aber andere Maßnahmen fehlen. Ich denke hierbei auch an die Tagespflege, die ein wichtiges Element in unserem Thema ist. Sowohl Alleinerziehende als auch Berufstätige, die z. B. eine Teilzeitbeschäftigung am Nachmittag ausüben, kommen mit den traditionellen Betreuungsmöglichkeiten in unseren Einrichtungen, etwa in unseren Kindergärten, nicht zu recht.

Wir diskutieren auch immer wieder neu, daß Angebote für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder fehlen.

Die Bereitstellung all dieser Angebote sehen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, als praktische Frauenpolitik an. Darum meine ich, daß es auch im Jahre 2000 in NRW einen Stillstand in der Frauenpolitik geben wird.

In diesem Zusammenhang darf ich erwähnen, daß mangelhaft vorhandene Kinderbetreuungsmöglichkeiten auch Einfluß auf die Geburtenrate haben. Solange es Privatsache der Frauen ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu organisieren, wird der Kinderwunsch oft eingeschränkt oder vollständig zurückgestellt.

Dies dokumentiert sich bei einem Blick über die Grenzen daran, daß in den Ländern, in denen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gut geregelt ist, die Geburtenraten steigen. Elternurlaub, bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote, eine Arbeitswelt, die das Privatleben der Mitarbeiter nicht ausblendet, sondern auf Familienanforderungen eingeht, all das sind Maßnahmen, die den Familien und den Frauen helfen. Diese Politik für Frauen ist fair und gerecht.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen hingegen muß weiter festgestellt werden: Die Tagespflege für Mütter in Jobs mit unregelmäßigen Arbeitszeiten gibt es nur unorganisiert; die Gesamtschule ist weiterhin die einzige Schule mit einem durchgängigen Ganztagsangebot; ferner haben Sie im Wissenschaftshaushalt bei der Frauenförderung 4,7 Millionen DM für das Jahr 2000 gekürzt. Diese Frauenpolitik ist unserer Meinung nach unfair und ungerecht.

(Beifall der Regina van Dinther und des Eckhard Uhlenberg [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt für uns Frauen im Lande viel zu tun. Heute ist das Datum "14. Mai" schon häufig gefallen. Ich glaube, daß

(C)

(D)

(Angelika Gemkow [CDU])

(A) nach dem 14. Mai mit einer neuen Regierung für Familien und Frauen mehr getan werden kann.

(Horst Vöge [SPD]: Einer SPD-geführten Regierung!)

Wir machen praktische Frauenpolitik. Wir drucken nicht so viele Hochglanzbroschüren, und wir führen nicht so viele Modelle durch, die überhaupt nicht zum Abschluß gebracht werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile das Wort Frau Kollegin Gießelmann für die Fraktion der SPD.

**Helga Gießelmann (SPD):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Gemkow, wir haben in langer frauenpolitischer Erfahrung gelernt: Frauenpolitik beginnt in den Köpfen. Und wenn wir nicht da etwas ändern, dann ändert sich nichts!

(Beifall bei der SPD)

(B) Darum muß man bestimmte Sachen auch darstellen. Und diese Darstellung, wie z. B. die Auswertung zum Frauenförderbericht der Landesregierung, war keine Hochglanzbroschüre, sondern ganz wichtiges Material, mit dem man umgehen und künftige Maßnahmen noch zielgenauer anpassen kann.

(Beifall bei der SPD und der Marianne Hürten [GRÜNE])

Die Broschüre "Maßnahmen zum Bereich Gewalt gegen Frauen und sexualisierte Gewalt und Mißbrauch von Kindern" zeigt ganz eindrucksvoll, was hier auf den Weg gebracht worden ist und was weiter getan werden kann.

Das sind keine unnützen Hochglanzbroschüren, sondern ganz wichtige Anregungen und Auswertungen, die im Land gesucht werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin froh darüber, daß hier nicht die CDU die Frauenpolitik gestaltet, sondern daß sie seit Jahrzehnten von Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen gemacht wird.

(Beifall bei der SPD - Regina van Dinther [CDU]: Alles hat ein Ende!)

(C) Damit sind wir auf einen guten Weg gekommen, und das drückt auch der Haushalt für das Jahr 2000 aus. Hier sind insgesamt nur wenige Kürzungen vorgenommen worden. Das Gesamtvolumen ist sogar höher - auch im Entwurf der Regierung - als das des vergangenen Jahres. Das ist angesichts der Haushaltslage, die wir zwei Tage in diesem Haus diskutieren, enorm viel, und das drückt aus, was wir hier getan haben und welchen Schwerpunkt und Stellenwert Frauenpolitik einnimmt. In der Regierungskoalition konnten wir das noch weiter verbessern und bestimmte Bereiche noch stärker bewerten.

Die CDU und Frau Gemkow haben ja recht, wenn sie sagen, Frauen wollten berufstätig sein, dabei mehr Hilfen beanspruchen und ihren Platz einnehmen. Frauen wollen gleiche Chancen wie Männer bei Berufswahl und Ausbildung, bei beruflichem Einstieg, bei Weiterbildung und beruflichem Aufstieg. Dem tragen wir in Nordrhein-Westfalen Rechnung.

(D) Das will ich in Stichpunkten nennen: Wir haben in rund zehn Jahren in diesem Land ein dichtes Netz an Regionalstellen "Frau und Beruf" geschaffen. Mittlerweile sind es 35 Regionalstellen, die hier aus Landes- und EU-Mitteln finanziert werden. Es sind ganz wichtige dauerhafte Einrichtungen, die die Fraueninteressen in die regionalisierte Strukturpolitik bringen. Ohne sie wäre Frauenpolitik nicht so weit in diesem Land; da bin ich mir absolut sicher.

(Beifall bei der SPD)

Wir konnten mit den Koalitionsfraktionen erreichen, daß Mittel für weitere Regionalstellen "Frau und Beruf" sowie für weitere innovative Projekte der Regionalstellen, die wir fördern, bereitgestellt werden. Auch das ist ganz wichtig.

Entscheidend wird auch sein, wie die Zukunftschancen von Mädchen in der Wissensgesellschaft sind. Wie können wir Mädchen und Frauen näher an Informations- und Kommunikationstechniken heranbringen, damit sie beispielsweise das Internet entsprechend entdecken? Auch das ist wichtig, und hier leistet das Land z. B. mit dem mobilen Internetcafé für Mädchen und Frauen im ländlichen Raum sowie etlichen anderen Haushaltstiteln, die ich nicht alle nennen will, eine wichtige Arbeit.

Aber wie gesagt: Frauenförderung beginnt in den Köpfen. Da müssen wir etwas bewegen und etwas tun. Darum ist auch ein Landeswettbewerb

(Helga Gießelmann [SPD])

- (A) "Ausbildung von Frauen in Zukunftsbereichen" außerordentlich wichtig, um nämlich beispielhafte Unternehmen vorzustellen, die in vorbildlicher Weise Frauen in Zukunftsbereichen ausbilden und Berufsperspektiven bieten.

Wir wissen doch, daß es auch 2000 nötig sein wird, Betriebe und Unternehmen davon zu überzeugen, daß eine frauenfördernde und frauenfreundliche Politik nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen erforderlich ist, sondern daß sie auch und gerade im ureigensten wirtschaftlichen Interesse der Betriebe liegt. Darum ist es wichtig, daß die Landesinitiative "Chancengleichheit im Beruf" weitergeführt und mit den nötigen Mitteln ausgestattet wird. Das sind keine unnützen Hochglanzbroschüren.

Eine traurige Realität in unserer Gesellschaft ist leider immer noch Gewalt gegen Frauen und Kinder. Darum sind Maßnahmen dagegen seit Jahren unsere erfolgreiche Bilanz. Wir haben eine flächendeckende Grundversorgung mit 63 vom Land geförderten Frauenhäusern; das hat kein anderes Bundesland. Wir haben 51 Frauenberatungsstellen, und wir erhöhen hier die Haushaltstitel, um sowohl pauschalierte Zuwendungen entsprechend den Personalkostensteigerungen anheben zu können als auch weitere Frauenberatungsstellen in die Förderung aufzunehmen. Auch das ist uns wichtig und eine wesentliche Struktur in unserem Land für Frauen geworden.

- (B)

Die besonders häßliche Form von Frauendiskriminierung, nämlich der Frauenhandel, wird ernstgenommen. Hier wird dagegen vorgegangen. Wir fördern spezialisierte Beratungsstellen, die diese Opfer von Menschenhandel schützen. Wir beraten sie und verstärken diese Arbeit noch - auch mit Zuschüssen für die Schaffung geschützter Wohnsituationen dieser betroffenen Mädchen und Frauen. Wir konnten diese Mittel nochmals erhöhen.

Recht neu war in den Haushaltsberatungen das Bemühen der CDU-Opposition, unsere erfolgreiche Frauenpolitik nicht nur abzulehnen. Liegt es vielleicht am bevorstehenden Wahlkampf, daß es sich da die CDU nicht mehr ganz so leicht gemacht hat?

(Beifall bei der SPD)

Es gab etliche Übereinstimmungen. Es gab etliche Zustimmungen, aber bei einzelnen Anträgen war das dann wieder nicht so. Beispielsweise haben Sie die Erhöhung der Ansätze für Frauenberatungsstellen und für Fraueninitiativen, die gegen

sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen tätig sind, nicht mitgetragen. Da haben Sie sich enthalten. (C)

Auch die so erfolgreichen Maßnahmen zur Gewaltprävention wie das Programm "Selbstbehauptung und Konflikttraining für Mädchen und Jungen an Schulen", das wir noch einmal um 700.000 DM erhöht haben, um dem gestiegenen Antragsvolumen gerecht zu werden, haben Sie nicht mitgetragen, sondern sich enthalten. Schade!

Obwohl Sie bei einzelnen Punkten mit Ja gestimmt haben, haben Sie sich bei der Gesamtabstimmung enthalten. Sie sind also nur halbherzig dabei.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, haben dann noch den Antrag gestellt, die Förderung der Träger der Beratungsstellen für Schwangerschaftsprobleme und Familienplanung um 3 Millionen DM zu erhöhen, um die katholischen Beratungsstellen höher zu fördern bzw. andere kirchliche Beratungsstellen beim Ausstieg der katholischen Kirche aus der Konfliktberatung zu unterstützen.

Wir können diesen Antrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt noch nicht abstimmen, weil man noch nicht absehen kann, wann und welche katholischen Beratungsstellen ihre Arbeit einstellen müssen, und erst recht nicht, welche Träger - eventuell katholische Träger - dann überhaupt Anträge auf Zulassung als Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und auf Zuschüsse stellen. Erst wenn so etwas vorliegt, können wir beraten und absehen, welche Finanzmittel ab welchem Zeitpunkt tatsächlich notwendig sind. Darum lehnen wir auch diesen Antrag von Ihnen ab. (D)

Ich bitte um Zustimmung für die Beschlußempfehlung für diesen Einzelplan, um die dargestellte erfolgreiche Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen fortführen zu können, und danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Hürten für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich erteile Ihnen das Wort.

**Marianne Hürten (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstmals fast fünf Jah-

(Marianne Hürten [GRÜNE])

(A) re grüne Frauenpolitik im Landtag in der Koalition mit der SPD sind Anlaß genug, zurückzublicken und zu prüfen: Was haben wir erreicht, wo sind Erfolge und wo sind noch Handlungsdefizite, welche Aufgaben bleiben uns für die Zukunft? Davon lasse ich mich auch von dem Genörgel der Kollegin Gemkow nicht abhalten.

Augenscheinlichste Veränderung im Vergleich zu der Situation vor fünf Jahren ist der Zuschnitt des Frauenministeriums selbst. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir immer wieder beklagt, daß die Gleichstellungsministerin im Kabinett am Katzentisch sitzt, daß ihr Haus sehr klein und daher ohne Einfluß ist und daß sie über verschwindend wenig Mittel verfügt. Der Einfluß der Frauenministerin wurde direkt zu Beginn der Koalition gestärkt. Ihr wurden zusätzliche Kompetenzen übertragen, zum Beispiel für die Regionalstellen "Frau und Beruf", und vor allem die Federführung für das Landesgleichstellungsgesetz. Heute haben wir ein großes Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit.

Ministerpräsident Clement hat dazu in seiner Regierungserklärung im Juni 1998 folgendes ausgeführt:

(B) "Die tatsächliche Gleichberechtigung von Frau und Mann bleibt Leitbild unserer Politik. Deshalb habe ich das Gleichstellungsministerium erweitert und es mit zusätzlichen Aufgaben und Verantwortung für die Familien-, Jugend- und Gesundheitspolitik ausgestattet. Die beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen hängen nicht zuletzt und immer noch in hohem Maße davon ab, daß es eine gut ausgebaute Struktur der Kinderbetreuung und Kindergärten und Schulen gibt."

Mit diesen drei Sätzen erschöpfte sich leider die frauenpolitische Aussage in der Regierungserklärung für die verbleibenden zwei Jahre; zwei kleine Absätze auf fast 26 Schreibmaschinenseiten. Sie werden verstehen, daß das bei mir eine gewisse Skepsis über den Stellenwert der Frauenpolitik unter unserem neuen Ministerpräsidenten ausgelöst hat. Die Stärkung des Frauenministeriums um die neuen in hohem Maße frauenrelevanten Aufgabenfelder Familie, Jugend und Gesundheit haben wir allerdings begrüßt. Dabei war uns völlig klar, daß damit nicht die frauenpolitische Revolution ausgerufen war, denn auf den neu hinzugekommenen Abteilungen lasteten schwere Hypo-

Heute stellen wir fest: Nicht nur die von der CDU immer wieder angezettelten Auseinandersetzungen um den Maßregelvollzug haben viel Zeit und Kraft gekostet, die den Frauen nicht zugute kamen. Auch die Hoffnung, daß die mit den geplanten Kürzungen im Kindergartenbereich verbundenen frauenspezifischen Probleme automatisch stärker beachtet würden und sich hier neue Spielräume eröffnen ließen, war zu optimistisch. Da waren doch starke Männer davor, zum Beispiel an der Spitze der kirchlichen Träger, oder auch unser Finanzminister, der die Umwandlung von Kindergarten- in Hortplätze blockierte. Ein weiterer Wermutstropfen ist die Kürzung im Bereich der Altenpflegeausbildung.

Fazit: Einen Automatismus, daß durch Zusammenführung des Frauenbereiches mit anderen Politikfeldern überall frauenfreundliche Politik gemacht wird, gibt es nicht. Es bleibt ein zähes Ringen. Auch ein starkes Frauenministerium ist keine Insel der Seligen. Trotzdem bleibe ich bei unserer grundsätzlich positiven Bewertung.

Mit der Kompetenzerweiterung des Frauenministeriums haben sich die Ausgangsbedingungen der Frauenpolitik verbessert. Viel selbstverständlicher, viel einfacher fanden in den vergangenen ein- und einhalb Jahren in den hinzugekommenen Politikfeldern des Frauenressorts Fraueninteressen Berücksichtigung. Nennen will ich zum Beispiel den Gesundheitsbereich. Hier hat es gute Signale gegeben. Mit Spannung warten wir zum Beispiel auf den von der Ministerin initiierten ersten geschlechtsdifferenzierten Landesgesundheitsbericht.

Ein wichtiger Gesichtspunkt ist auch, daß das neue, deutlich finanzstärkere Haus ganz andere Möglichkeiten hat, ohne Einschnitte in das Frauenhilfenetz globale Minderausgaben aufzufangen.

Wie sieht es nun in anderen Bereichen, vor allem in bezug auf Existenzsicherung von Frauen, aus? Mit dem Landesgleichstellungsgesetz haben wir allen Widerständen zum Trotz NRW an die Spitze der gesetzlichen Frauenförderung katapultiert. Im gesamten öffentlich-rechtlichen Bereich in Nordrhein-Westfalen ist das LGG jetzt Grundlage für effiziente wirksame Frauenförderung. Ich habe den Eindruck, die CDU muß das noch lange diskutieren, weil jedesmal, wenn jemand dazu spricht, die Positionierung dazu anders ist. Da scheint noch viel Klärungsbedarf zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

(D)

(Marianne Hürten [GRÜNE])

(A) Die Highlights dieses Landesgleichstellungsgesetzes, die Quotierungsregelung für Stellen- und Gremienbesetzung, die Verpflichtung zur Erstellung und Fortschreibung von Frauenförderplänen, die Regelungen zu Fortbildung, Teilzeit und Beurlaubung aus familienpolitischen Gründen und die umfassenden Rechte der gestärkten Gleichstellungsbeauftragten strahlen weit über den öffentlichen Dienst hinaus. Sie sind auch wegen seiner Vorbildfunktion ein wichtiges Signal für die private Wirtschaft und wir wissen alle, daß es da noch erheblichen Nachholbedarf für Frauen gibt. Deshalb müssen wir, insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik, die Förderung wichtiger frauenspezifischer Einrichtungen und Maßnahmen in Zukunft verbindlicher gestalten.

Ich wünsche mir für die nächste Legislaturperiode einen festen Prozentsatz der Wirtschaftsfördermittel - ich plädiere für 15 % - für reine Frauenprojekte und eine durch Controlling gesicherte gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an den Wirtschafts- und Arbeitsmarktprogrammen insgesamt.

(B) Zurück zur Bilanz! Was konnten wir nun im Frauenkapitel des Einzelplans 11 in der Koalition erreichen? Liebe Kolleginnen und Kollegen, von Anfang an war der Ausbau der Förderung für Frauenprojekte, -selbsthilfeeinrichtungen und -initiativen für uns GRÜNE ein ganz besonders wichtiges Anliegen. Was wir hier in den vergangenen fünf Jahren erreicht haben, kann sich wahrhaftig sehen lassen. Ein besonderer Schwerpunkt nicht nur bei allen Haushaltsberatungen, sondern auch bei der Erarbeitung und Verabschiedung eines ganzen Bündels von Anträgen waren Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder. Dabei ist es uns gelungen, in allen Bereichen zügig Fortschritte zu machen - in der Prävention, in bezug auf Opferhilfe und Opferschutz, im Strafrecht, bei der Täterarbeit und bei der Opferentschädigung. 1995 standen zum Beispiel 200.000 DM für Prävention zur Verfügung. Mit Verabschiedung unseres Änderungsantrages, immerhin plus 700.000 DM, sind es 1,9 Millionen DM im Jahre 2000, aus denen unter anderem das sehr erfolgreiche Programm "Selbstbehauptung und Konflikttraining für Mädchen und Jungen an Schulen" gefördert wird.

Für den Ausbau der Frauenberatungsstellen haben wir die Mittel von 3,8 Millionen DM Anfang 1995 auf 7,3 Millionen DM für den Haushalt 2000 erhöht.

(C) Im kommenden Jahr können zwei neue Beratungsstellen in die Förderung aufgenommen werden. Frauenselbsthilfeeinrichtungen, die Krisenintervention bei sexualisierter Gewalt leisten, wurden erst durch Regierungsbeteiligung der GRÜNEN neu in die Förderung aufgenommen. Mit dem diesjährigen Erhöhungsantrag von einer halben Million DM stehen im Jahr 2000 zwei Millionen DM für Notrufe und ähnliche Einrichtungen zur Verfügung.

Nehmen wir den Bereich Frauenhandel. Ausgehend von der Förderung einer einzelnen Beratungsstelle zu Beginn der Koalition werden heute ein Netz von zehn spezialisierten Beratungsstellen, die Unterstützungsgruppe für die Frauenabschiebehaftanstalt Neuss, Unterbringungsmöglichkeiten, Rechtsanwalts- und Dolmetscherkosten vom Land gefördert. Im Haushalt 2000 stellen wir für die Unterstützung der Opfer von Frauenhandel insgesamt 1,78 Millionen DM bereit.

(D) Gleich zu Beginn der Legislaturperiode ist es gelungen, bei allen Frauenhäusern eine vierte Stelle zu fördern. Die Finanzmittel für Frauenhäuser konnten von 1995 mit 10 Millionen DM auf insgesamt 15,24 Millionen DM für das Jahr 2000 aufgestockt werden. Mit der Erhöhung um 400.000 DM für das Jahr 2000 wollen wir GRÜNE vor allem ermöglichen, Personalkostensteigerungen aufzufangen.

Ohne Berücksichtigung anderer Haushalte konnten die Mittel für Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder allein im Haushalt der Frauenministerin von 14 Millionen DM 1995 auf 28 Millionen DM für das Jahr 2000 verdoppelt werden. Das ist wirklich eine respektable Leistung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber nicht nur für Antigewaltmaßnahmen konnte die Förderung ausgebaut werden. Im Bereich Existenzsicherung von Frauen konnten durch meist mehrjährige Modellförderung neue Wege eröffnet und Konzepte erprobt werden. Zum Beispiel werden mit der Infolinie I Mädchen an das Internet herangeführt. In Dortmund wird ein Telearbeitszentrum als integrierte Einrichtung für Frauen mit und ohne Behinderung an den Start gebracht. Und in mehreren Dienstleistungspools wurde erprobt, ob und wie sich haushaltsnahe Dienstleistungen in qualifizierte, sozialversicherte, tariflich entlohnte Teilzeitarbeitsplätze umwandeln lassen.

(Marianne Hürten [GRÜNE])

- (A) Die wissenschaftliche Begleitung hat hier bestätigt: Das Interesse an qualifizierter Hilfe im Haushalt ist groß, und die Bereitschaft, dafür einen angemessenen Preis zu zahlen, ist vorhanden. Jetzt muß die Bundesregierung endlich die steuerliche Benachteiligung der Dienstleistungspools gegenüber direkt eingestellten Haushaltshilfen beseitigen. Dann können auf diesem Wege etliche sozialversicherte Stellen geschaffen werden.

Weil wir wissen, daß bei der regionalisierten Strukturpolitik manche besonders harte Nuß zu knacken ist, haben wir die Akteurinnen gestärkt. Mit dem Haushalt 2000 gibt das Land fast doppelt so viele Mittel für die Förderung der Regionalstellen "Frau und Beruf" aus wie Anfang 1995 und hat damit nicht nur die vorhandenen, bis 1995 nur befristet geförderten Regionalstellen dauerhaft gesichert, sondern darüber hinaus das bestehende Netz von 28 auf 45 Regionalstellen an 50 Standorten deutlich erweitert.

Mit der in den Änderungsanträgen vorgesehenen Erhöhung können zwei weitere Regionalstellen in die Förderung aufgenommen werden. Ein Ländervergleich belegt, daß wir mit dem Ausbau der Regionalstellen frauenpolitisch auf dem richtigen Weg sind. In keinem anderen Bundesland wurden so viele, so zielgerichtete und so erfolgreiche Maßnahmen zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt gestartet wie hier in NRW.

(B)

Frau Gießelmann ist dies auch schon aufgefallen: Unsere Argumente für all diese Maßnahmen und Einrichtungen waren über die Jahre hinweg anscheinend so überzeugend, daß die CDU in diesem Jahr im Frauenausschuß vielen Anträgen zustimmte oder sich der Stimme enthielt. An keiner Stelle stimmte sie dagegen. Das ist schon ein erstaunlicher Sinneswandel, wenn wir bedenken, daß in den vergangenen Jahren immer wieder von "grünen Spielwiesen", "grüner Klientelpolitik" und ähnlichem die Rede war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es steht allerdings der Verdacht im Raum, daß dieses Abstimmungsverhalten ausschließlich wahlkampfbedingt war. Dieser Verdacht wird auch dadurch genährt, daß, wenn frauenrelevante Anträge in mehreren Ausschüssen behandelt wurden, sich die Unterstützung auf die CDU-Mitglieder im Frauenausschuß beschränkte. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, so geht es nicht. Eine Handvoll CDU-Mitglieder im Frauenausschuß läßt das lila Fähnchen heraushängen,

und die Mehrheit der CDU-Abgeordneten würde das Frauenhilfenetz und die Frauenfördermaßnahmen lieber heute als morgen rasieren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Göttin sei Dank - da ist noch der Wähler und vor allem die Wählerin davor. Deshalb wünsche ich mir für die kommende Legislaturperiode ein "Weiter so". Weiter so mit einem Ausbau der Frauenförderung! Weiter so mit einem Ausbau von Frauenselbsthilfeeinrichtungen! Weiter so mit offensiver Frauenpolitik in einer grün-roten Koalition! Und weiter so mit einer widersprüchlichen CDU in der Opposition! - Ich bedanke mich und empfehle den Haushalt zur Zustimmung.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit Frau Fischer das Wort.

**Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Gemkow, Sie stellen fest: Gleichstellung ist in unserer Gesellschaft noch nicht verwirklicht. Da gebe ich Ihnen durchaus recht. Nur Sie wechseln die Worte aus. Sie wechseln das Wort "Gesellschaft" mit "NRW" aus und erwecken damit den Eindruck, als sei dies ein spezifisches Problem von NRW und kein gesellschaftliches Problem.

Manchmal weiß ich auch nicht, was Sie überhaupt wollen. Welche Instrumentarien haben wir denn, um etwas für die Gleichstellung zu tun und an den bestehenden Ungerechtigkeiten etwas zu verändern?

Zum einen wollen wir Bewußtsein verändern. Wir wollen für Problemlagen und erst recht für mögliche Problemlösungen sensibilisieren. Wir wollen Wege aufzeigen - auch durch Beispiele und Best-Practice-Modelle -, wie Hürden und Blockaden überwunden werden können. Wir wollen Bündnispartnerinnen und Bündnispartner für unsere Anliegen finden.

Ich frage mich: Wie wollen Sie die ohne Öffentlichkeitsarbeit finden? Wie soll das gelingen, ohne öffentlich an Frauen und Männer, Betriebe, Institutionen und Einrichtungen heranzutreten und dort etwas zu verändern? Von daher verstehe ich nicht, wie Sie die Öffentlichkeitsarbeit gerade in

(C)

(D)

(Ministerin Birgit Fischer)

(A) der Frauenpolitik überhaupt in Frage stellen können.

Ein weiteres Instrument ist die Gesetzgebung. Natürlich haben wir die Möglichkeit, über Gesetze etwas zu beeinflussen und Maßstäbe zu setzen. Das haben wir mit dem Landesgleichstellungsgesetz getan. Was geschieht? - Die CDU lehnt diese gesetzliche Regelung ab. Sowohl die Instrumentarien, die auf Bewußtseinsveränderung zielen, als auch die Instrumentarien, die etwas regeln wollen, werden nicht akzeptiert.

Mir fällt auf, daß Frauenförderungen formuliert werden und sich die CDU dann aber bei der Umsetzung regelmäßig verweigert. Manchmal denke ich, Sie verkennen nicht nur unsere Erfolge in der Frauenpolitik, sondern Sie verkennen auch, daß es Veränderungen bei den Frauen selbst gegeben hat. Es hat sich viel getan. Hohe Qualifikation und berufliche Zielstrebigkeit, Selbstbewußtsein und Pragmatismus sind die Kennzeichen der heutigen jungen Frauengeneration. Eine Haltung nach dem Motto "Alles geht, wenn ich will" prägt ihr Lebensgefühl. Darin unterscheidet sie sich von älteren Frauengenerationen, die gegen offensichtliche Blockaden und Widerstände durch eine geschlechtsspezifische Rollenzuweisung ankämpfen mußten.

(B) Aber diese Frauengeneration steuert nicht automatisch auf rosige Zeiten zu. Die Diskrepanz zwischen rechtlicher Gleichstellung und der ökonomischen und sozialen Ungleichheit ist größer geworden. Dazu einige Fakten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist auch im Jahre 2000 ein Zukunftsprojekt. In den Berufen mit Zukunft und in den Führungsetagen sind Frauen noch zu schwach vertreten. Bei gerade 13 % lag der Anteil der weiblichen Auszubildenden in den neuen Lehrberufen der Informations- und Kommunikationsdienste Ende 1998, bei gerade 10 % der Frauenanteil im nordrhein-westfälischen mittleren und höheren Management.

Machen wir uns nichts vor: Einseitige Rollenzuschreibungen hindern Frauen nicht nur am beruflichen Aufstieg; sie sind Fesseln für Frauen und Männer zugleich, die sie an einer Entfaltung ihrer Talente und ihrer Fähigkeiten hindern. Das ist nicht nur ein Ressourcenverlust für unser Land; es bedeutet auch eine kulturelle Verarmung unserer Gesellschaft.

Leider gehört Gewalt an Frauen und sexueller Mißbrauch von Kindern noch immer zu einer bitteren

Realität unserer Gesellschaft. Unsere Antworten darauf sind: Schutz und wirksame Hilfe für die Opfer, konsequente Bestrafung der Täter und wirksame Prävention, nicht zuletzt durch einen gesellschaftlichen Konsens zur Ächtung von Gewalt. Frauenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht nach wie vor vor der Aufgabe, wichtige Weichen für die Realisierung der Chancengleichheit zu stellen.

Wir wollen die Lebenswirklichkeit und die Zukunftschancen der Frauen mitgestalten. Das heißt, wir wollen die Teilhabe und die Chancen von Frauen in der Informationsgesellschaft erweitern, den wirtschaftlichen Strukturwandel für gleichberechtigte Berufschancen nutzen, Mädchen und junge Frauen bei der Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe unterstützen, und wir wollen die nach wie vor bestehende Gewalt gegen Frauen und Mädchen bekämpfen.

Die Haushaltsberatungen haben gezeigt: Frauenpolitik und Frauenförderung in Nordrhein-Westfalen bleiben auf hohem Niveau. Allein in meinem Etat sieht der Regierungsentwurf im Jahre 2000 fast 40 Millionen DM für die Gleichstellungspolitik vor. Hinzu kommen die Anträge der Koalitionsfraktionen, die nochmals eine Aufstockung von 2,7 Millionen DM bedeuten.

Als Querschnittsaufgabe ist Frauenförderung und Gleichstellungspolitik aber auch eine Aufgabe aller Ressorts. Deshalb legen wir Ihnen jedes Jahr mit dem Haushalt des Frauenministeriums auch eine Auflistung der Maßnahmen aller Ressorts vor, die ausschließlich Frauen zugute kommen.

Dieser finanzielle Rahmen bedeutet nicht nur Bestandssicherung für die gewachsene frauenpolitische Infrastruktur, er eröffnet auch Raum für notwendige innovative Entwicklungen. Dazu möchte ich einige Beispiele nennen.

Erstens. Informationsgesellschaft: Nach seriösen Prognosen steht uns der tiefgreifendste Wandel unserer Arbeitswelt seit der Industrialisierung bevor. In dieser Gesellschaft der Zukunft wird das Internet eine zentrale Rolle spielen. Aber von zehn Nutzern dieses Mediums sind gerade einmal drei Nutzerinnen, also Frauen. Deshalb habe ich im Januar 1999 das Modellprojekt "Mobiles Internetcafé für Frauen und Mädchen im ländlichen Raum und in Kleinstädten", die Linie 1, ins Leben gerufen. Die Nachfrage ist riesengroß. Deshalb soll die Förderung für dieses Projekt im folgenden Jahr aufgestockt werden.

(C)

(D)

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) Der Strukturwandel drückt sich nicht zuletzt in der rasanten Veränderung der Berufe und ihrer jeweiligen ökonomischen Bedeutung aus. Von den Unternehmen können bei der Berufswahl wichtige Impulse ausgehen. Im Rahmen eines Landeswettbewerbs "Ausbildung von Frauen in Zukunftsberufen" werden im nächsten Jahr der Öffentlichkeit Unternehmen vorgestellt, die in vorbildlicher Weise Frauen in Zukunftsberufen ausbilden und im Anschluß an die Ausbildung auch adäquate Berufsperspektiven bieten.

Der Strukturwandel kann nur mit den Frauen gut gelingen. Ein zukunftsorientiertes, leistungsstarkes Land kann auf die Innovationskraft und die Kompetenz von Frauen nicht verzichten. So wird die Landesinitiative "Chancengleichheit im Beruf" auch im kommenden Jahr unverzichtbar sein. Ich gehe davon, daß die Agentur KIM, die beim Zentrum für Frauen in Beruf und Technik in Castrop-Rauxel angesiedelt ist, wichtige Anstöße für die Förderung von Frauen im Management und die Verbreitung von Mentoring-Modellen geben wird.

- (B) Zur Förderung der beruflichen Gleichstellung von Frau und Mann hat sich das Netz von Regionalstellen "Frau und Beruf" in den letzten zehn Jahren bewährt. Von den 25 gegenwärtig arbeitenden Regionalstellen wurde nahezu die Hälfte seit 1996 neu eingerichtet, in diesem Jahr je eine im Hochsauerlandkreis, in Mülheim und im Kreis Euskirchen.

Das dritte Beispiel zum Rollenwandel und zur Identitätsfindung: "Obwohl vieles besser ist als früher, war es wahrscheinlich noch nie so kompliziert wie heute, eine junge Frau zu sein." Diese Aussage einer jungen Journalistin in der "Süddeutschen Zeitung" dürfte das Lebensgefühl der jungen Frauen und analog das der jungen Männer gut treffen. Die Frauenbewegung der 70er Jahre hat für die Gleichberechtigung unschätzbare Erfolge errungen, die unsere Gesellschaft nachhaltig prägen. Junge Frauen wollen heute ihren eigenen Weg gehen. Wir möchten sie auf diesem Weg unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als ein wirksames Projekt haben sich die seit 1997 für Mädchen, seit 1999 auch für Jungen angebotenen Kurse zur Selbstbehauptung und zum Konflikttraining an Schulen erwiesen. Dieses Programm stößt auf eine sehr große Resonanz. Der ursprüngliche Ansatz im Haushalt soll darum auch auf 800.000 DM erhöht werden.

Zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen stehen im Haushalt 2000 insbesondere Mittel zur Absicherung der Opfer-Hilfe-Struktur zur Verfügung. Eine flächendeckende Angebotsstruktur soll auch künftig mit den 63 landesgeförderten Frauenhäusern und 51 Frauenberatungsstellen, den 3 Zufluchtstätten für Mädchen, die um eine vierte im Kreis Unna im Haushalt 2000 ergänzt werden kann, mit 40 Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen tätig sind, mit 10 spezialisierten Beratungseinrichtungen zum Schutz und zur Betreuung für vom Menschenhandel betroffene Frauen sowie der Finanzierung ihrer Unterbringung und für Maßnahmen zu den Themen Gewalt gegen Frauen und sexueller Mißbrauch von Kindern sowie Sexuaufklärung und Prävention unterstützt werden.

Der Fachausschuß hat in seinen Beratungen die Empfehlungen zur Erhöhung der einzelnen Ansätze zum Teil gemeinsam beschlossen. Leider war es unübersehbar, daß populistisch die CDU einigen Forderungen zugestimmt hat, dann aber insgesamt den Haushalt ablehnte. Ich bedauere es sehr, daß der Wahlkampf nicht das ermöglicht, was uns bisher in der Frauenpolitik immer gelungen ist: daß wir an frauenpolitischen Initiativen und Projekten auch parteiübergreifend arbeiten, daß dies diesmal nicht so möglich war. Ich glaube, die Frauenpolitik braucht diesen Rückenwind ganz dringend. Und ich bitte auch die CDU darum, nichts hinter dem Wahlkampfgetöse zu verstecken, sondern sich darauf zu besinnen, was wir in der Frauenpolitik tatsächlich brauchen.  
- Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich möchte Sie fragen, ob weiterhin das Wort gewünscht wird. - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann kommen wir zum Teilbereich

#### b) Jugend und Familie

Ich darf als erstem Redner Herrn Kollegen Rösenberg für die Fraktion der CDU das Wort erteilen. Bitte schön.

**Antonius Rösenberg (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zu dem

(C)

(D)

(Antonius Rüsenberg [CDU])

- (A) Teilbereich der Familien- und Jugendpolitik Stellung nehmen.

Frau Ministerin, man sollte es im Hinblick auf die Landtagswahl und sonstige Wahlen, die anstehen, nicht immer gleich in diese meines Erachtens unsachliche Richtung bringen, es gleich als Wahlkampfgetöse deklarieren, wenn man unterschiedliche Meinungen vertritt. Das ist halt der reale, sachliche Streit, und wenn dieser zur Klärung von Sachverhalten und zu positiven Ergebnissen führt, so bewerte ich dies positiv.

(Beifall bei der CDU)

Der Haushaltsentwurf enthält nach unserer Einschätzung nichts Besonderes, nichts Weltbewegendes, was unwahrscheinlich kontroverse Auseinandersetzungen provozieren könnte, aber auch nicht gerade neue Akzente, wenn ich die Neueinstellung des Programms im Hinblick auf Betreuung und Schule ausnehme. Überwiegend finden wir eine sogenannte Überrollung der Titel und Titelgruppen, das aber schon seit Jahren. Und hier entwickelt sich schon ein Problem, ein Problem, das insbesondere zu Lasten der Träger geht, gerade der freien Träger im Bereich der Jugend- und Familienpolitik im Lande Nordrhein-Westfalen.

- (B) Die Träger - das wird in den Gesprächen uns und sicherlich auch den anderen Fraktionen gegenüber signalisiert - sind aufgrund dieser Politik der regelmäßigen Überrollung bei den meisten Titelbereichen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gekommen. Sie müssen neue Aufgaben übernehmen, Sie tun das auch, von ihnen wird erwartet, daß Sie diese Aufgaben lösen und qualifizierte Arbeit leisten. Aber landespolitisch kommt der entsprechende finanzielle Betrag nicht nach.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Ich erinnere daran, Herr Kollege Flessenkemper - Sie waren damals dabei -, daß wir im Ausschuß einmal den einstimmigen Beschluß gefaßt haben, die Landesregierung aufzufordern, bei der Vorlage des jeweiligen Etats die Tarifierhöhungen einzubauen. Das macht man ja im Personalbereich auch in sämtlichen Kommunen. Gerade wo das Personal der Träger im Lande betroffen ist, sollte man eine solche Dynamisierung vornehmen. Ich erwähne das - man kann nicht alle Bereiche aufzählen, wo das zu Problemen führt - am Beispiel der Beratungsangebote in Nordrhein-Westfalen. Im Erläuterungsband heißt es:

"Die Statistik weist eine steigende Tendenz der Fallzahlen bei im wesentlichen unveränderten Kapazitäten und zunehmend längere Wartezeiten auf."

(C)

So weit, so gut. Aber aus der eigenen Formulierung ziehen Sie nicht die Konsequenz, daß man auch politisch reagieren muß, wenn man feststellt: längere Wartezeiten, neue Aufgabenstellungen, unveränderte Kapazitäten. Dies wird unterlassen.

Eine ähnliche Situation im Rückblick auf die letzten fünf Jahre haben wir in den Bereichen der Familienerholung und Familienbildung. Auch da - so wird signalisiert - kann man keine Überrollung vornehmen, weil das überwiegend zu Lasten der freien Träger geht.

Zur GTK-Debatte! Von der Kollegin der GRÜNEN ist darauf hingewiesen worden - und das wird auch uns signalisiert, wenn auch nicht mit der früheren Dramatik und in öffentlicher Auseinandersetzung -, daß durch die GTK-Novelle Probleme gerade im Bereich der Ergänzungskräfte entstanden sind. Wir haben im Frühjahr gemeinsam beschlossen, offen und ehrlich zu bilanzieren und notfalls entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Genau in diese Richtung zielt auch die Formulierung der Erprobungsregelung, wo auch noch nicht alle Probleme - vielleicht ist das in einer Übergangsregelung ja auch natürlich - abgestellt sind.

(D)

Wir können dem Entschließungsantrag der SPD und der GRÜNEN, nicht benötigte Kindergartenplätze für andere Altersstufen zu nutzen, zustimmen. Das ist bei der Beratung des Haushaltsplans im Ausschuß im Oktober unsere Intention gewesen. Wir haben darauf hingewiesen, daß man die Kindergartenplätze, die wir nicht mehr benötigen, im örtlichen Bereich umwidmen soll, weil uns von Jahr zu Jahr der Bedarf an Plätzen für Unter- und Überdreijährige signalisiert wird. Dem können wir zustimmen; das ist ein als richtig erkannter Weg. Ich hoffe, daß die Neuformulierung der Richtlinien dazu führt, daß es vor Ort auch keine Probleme in der Eingrenzung gibt, daß man sich nicht stringent an Punkt und Komma hält, sondern sich etwas flexibler zeigt, um freiwerdende Plätze umwandeln zu können.

Nun ist das eine Seite der Medaille, Frau Ministerin. Ich habe in der Ausschußsitzung deutlich gemacht: Das reicht nicht aus, um hier bedarfsgerecht zu reagieren. Wir haben - und Sie sind ja auch informiert worden - über die Landschafts-

(Antonius Rüsenberg [CDU])

- (A) verbände bei den Jugendämtern im örtlichen Bereich abgefragt, daß die Nachfrage stärker ist und daß auch die Träger inzwischen, nachdem das Programm der Errichtung von Kindergartenplätzen im Prinzip abgeschlossen ist, wieder bereit sind, dort Mittel zu investieren, um ein besseres Angebot zu schaffen. Das heißt: Beide Elemente müssen wir sehen: das der flexiblen Angebote, aber auch das der Schaffung neuer Hortplätze in Einrichtungen. Das ist die Zielrichtung unseres Antrags auf Erhöhung der Mittel um 15 Millionen DM:

Ich sage hier unumwunden: 92,8 % im Kindergartenbereich an Plätzen vorzuhalten, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung des Landes, der Kommunen, der Träger und insbesondere der Eltern, die wir überall unterstützt haben. Aber es zeigen sich neue Aufgabenstellungen, und in diese Richtung zielt unser Antrag. Wir bitten Sie, Ihre Position noch einmal zu überdenken und unserer Initiative zuzustimmen.

Frau Ministerin, vielleicht können Sie zu folgenden beiden Punkten Stellung nehmen: Ich beziehe mich zunächst auf die Ergänzungsvorlage zum Sozialpädagogischen Institut, in der für den gehobenen und höheren Dienst 6 kw-Stellen ab dem 1. Januar 2000 vermerkt sind. Ich habe das schon in der Ausschußsitzung am 21. Oktober 1999 angemerkt, worauf Sie gesagt haben, daß diese Ergänzungsvorlage kommen wird - das ist nun geschehen - und daß die Organisationsform des SPI dadurch nicht berührt wird. Ich bitte um Klärung, ob Sie angesichts dieses Vermerks in der Ergänzungsvorlage Ihre Aussage vom 21. Oktober 1999 aufrechterhalten.

- (B) Außerdem möchte ich wissen, wie Sie die bundespolitische Diskussion im Hinblick auf das Unterhaltungsvorschußgesetz bewerten. Der Bund hat beschlossen, den Bundesanteil von 50 auf 30 % zu senken. Finanzieren sollen das die Länder und die Kommunen. Der Deutsche Städtetag hat ausgerechnet, daß das für die Länder Mehraufwendungen von knapp 220 Millionen DM bedeutet, das heißt, der Landesetat wird belastet. Uns interessiert, ob Sie diese Aufwendungen an die Kommunen weiterleiten wollen. Das befürchten wir; in der genannten Ausschußsitzung haben Sie nämlich gesagt: Dies ist eine rein kommunale Aufgabenstellung. - Das bezweifle ich. Wir haben die Befürchtung, daß dann wieder die Kommunen belastet werden.

Zum Landesjugendplan liegen uns Zuschriften vor. (C)  
Ich zitiere aus dem Schreiben der AGOT:

"Umschichtungskürzungen des neuen Landesjugendplans und erneute Überrollungen schwächen die Präventionskapazität der Einrichtungen der offenen Jugendarbeit."

Es wird auf die enorme Zahl der Anträge zu den neuen Aufgaben hingewiesen und darauf, daß die Landesdotations durch den neuen Haushalt nicht so ausgeprägt ist, die qualifizierten Anträge zu bedienen. Zudem werden die Mittel der Träger insbesondere in den Bereichen real gekürzt, in denen sie schon in der Vergangenheit diese neuen Aufgaben wahrgenommen haben. Das ist bei der seinerzeitigen kontroversen Diskussion verdrängt worden.

Abschließend komme ich zur Familienpolitik. Frau Ministerin, am 25. Oktober haben Sie auf den Entwurf des CDU-Bundesvorstandes zum Bundesparteiausschuß, der gestern ein Grundsatzpapier zur Familienpolitik des Bundes beschlossen hat, mit Erstaunen reagiert. Das, was da beschrieben sei, hätte man in 16 Jahren Regierungspolitik durchsetzen können. Ich habe nicht die Zeit, hier die Schwerpunkte der Familienpolitik der Regierung Kohl darzustellen: Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Hilfen für Alleinerziehende und die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rentenberechnung, insbesondere bei der Pflegeversicherung. Das betrifft gerade Frauen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Ihr Papier gelesen, in dem vieles steht, bei dem ich frage: Wieso haben Sie erst am 25. Oktober gesagt, wo es langgehen soll? Warum haben Sie nicht schon in den letzten Jahrzehnten aufgegriffen, was Sie in dem Papier "Zukunft der Familie" beschrieben haben?

Wir haben gestern in Berlin und auf unserem Landesparteitag in Duisburg wichtige Grundlagen für eine zukunftsorientierte Familienpolitik gelegt. Daraus können gut parlamentarische Initiativen werden. Sie werden sich noch wundern, wie lebendig wir diese Dinge auch hier im Landtag umsetzen werden.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, ich erinnere daran, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist, und bitte Sie, zum Ende zu kommen.

(A) **Antonius Rüsenberg (CDU):** Frau Ministerin, ich erinnere an diese Dinge, weil gesagt wurde, wir hätten uns hier im Lande nicht engagiert, wir hätten nur einen Antrag gestellt. Die sozialdemokratische Fraktion hat nur einen Antrag gestellt. Alles andere sind Entschließungsanträge zu CDU-Anträgen. Das heißt, wir haben Anträge gestellt,

(Beifall bei der CDU)

und zwar zu folgenden Themen: Erziehungsgeld, Stiftung "Schwangere in Not", Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Angebote im Beratungsbereich, Landesfamilienkonferenz, Familienbildung, Tagespflege.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege, ich weise noch einmal darauf hin, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist. Da sich alle anderen Kollegen daran gehalten haben, bitte ich Sie, das auch zu tun.

**Antonius Rüsenberg (CDU):** Ich könnte noch fünf Minuten die Initiativen aufzählen.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

(B) Ihre einzige Antwort auf diese Anträge war: Nein. Insoweit ist es besser,

(Roland Appel [GRÜNE]: Besser, wenn Sie aufhören!)

daß wir am 14. Mai 2000 die Mehrheit bekommen, um den Menschen, den Familien mit Kindern in Nordrhein-Westfalen mit der Familienpolitik zu dienen.

(Beifall bei der CDU - Horst Vöge [SPD]: Im Jahre 2020!)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es ist immer wieder erstaunlich. - Nun hat für die SPD-Fraktion der Kollege Flessenkemper das Wort.

**Bernd Flessenkemper (SPD):** Verehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Politikbereich für Kinder, Jugendliche und Familien in Nordrhein-Westfalen wird im nächsten Jahr wiederum mit 2,4 Millionen DM gefördert. Das Fördervolumen für den Landesjugendplan - das ist meine Antwort auf das Zitat der AGOT - wird entsprechend unserer politischen Zusage nicht nur gehalten, son-

dern in diesem Jahr nochmals um 5,5 Millionen DM erhöht. Die familienpolitischen Leistungen unter anderem für Beratungs-, Erholungs- und Familienbildungsmaßnahmen werden wie bisher mit 120 Millionen DM gefördert.

Die Überrollung, die Sie negativ geschildert haben, kommt bei uns als Kontinuität und Zuverlässigkeit an. Dafür erhalten wir Dankschreiben.

(Lachen bei der CDU)

- Das ist so; wir können sie Ihnen zeigen. Ich werde Ihnen auch gleich sagen, wie wir Ihr Verhalten bewerten. - Sie sprachen das Weiterbildungs-gesetz und die Mittel dafür an. In der letzten Plenar-sitzung haben wir die Gesetzesinitiative auf den Weg gebracht, die den entsprechenden Verbänden Sicherheit und Perspektive - und damit erhöhte Flexibilisierung - für die Zukunft gibt.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Landesförderung der Kindergärten allein im Betriebskostenbereich hat sich in den letzten Jahren auf nunmehr 1,6 Milliarden DM verdoppelt. Wir werden auch im nächsten Jahr 20 Millionen DM auf den Betriebskostenbereich drauflegen. Wir haben es damit - das haben Sie angesprochen, Herr Rüsenberg - innerhalb weniger Jahre geschafft, praktisch jedem Kind einen Kindergartenplatz zur Verfügung stellen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Über das Kindergartenangebot hinaus fördern wir ca. 52.000 Plätze in altersgemischten Ganztages-gruppen und Horteinrichtungen.

Nun will die CDU mit ihrem Antrag den Ausbau des Hortes, und zwar in der klassischen Form, um 15 Millionen DM im investiven Bereich erhöhen. Wenn dieser Antrag positiv beschieden würde, ließen sich damit in den nächsten zwei bis drei Jahren allenfalls je ca. 500 Plätze schaffen.

Wir setzen dagegen, daß wir einmal die Umwandlung nicht benötigter Kindergartenplätze erleichtern werden - unser Antrag dazu liegt vor - und daß wir mit einem Aufwand von ca. 33 Millionen DM ergänzend zur GTK-Förderung hortergänzende Maßnahmen, und zwar kurzfristig und bedarfsgerecht, umsetzen werden. Da reden wir über 30.000 Plätze. Das ist das, was notwendig ist, damit wir den Bedürfnissen der Eltern entsprechend nachkommen.

(C)

(D)

(Bernd Flessenkemper [SPD])

(A) Damit wird deutlich: Jugendliche, Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen haben in der Landesregierung und in den sie tragenden Fraktionen einen verlässlichen Partner. Sie können sich weiterhin auf uns verlassen; denn statt starke Worte zu machen, handeln wir kontinuierlich und zuverlässig.

(Beifall bei der SPD)

Dies belegen die angesprochenen Ausgaben, und das sind unsere familienpolitischen Maßnahmen.

Zu den familienpolitischen Maßnahmen haben wir - auch das haben Sie angesprochen - festzustellen, daß die CDU seit gestern versucht, diese neu zu definieren und neu zu entdecken. Jetzt soll Lust auf Familie geweckt werden. Und wer sich an dem bewährten Sprichwort "Nicht an den Worten, sondern an den Taten sollt ihr sie messen" orientiert, dem muß die Lust rasch vergehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir können uns noch sehr gut daran erinnern, wie die Familienpolitik à la CDU aussieht: Jahr für Jahr Kürzungen auf Bundesebene im Einzelplan 17 für Familien, Frauen, Senioren und Jugend, allein 17 % in einem Jahr. Das sind die Taten der CDU: Jahr für Jahr weniger Geld für Familien.

(B)

Jetzt fordert die CDU, daß die notwendigen Unterhalts- und Betreuungsleistungen von Kindern steuerfrei gestellt werden. Aber zu dieser Erkenntnis mußte sie erst das Bundesverfassungsgericht bringen. In mehreren Urteilen wurde Ihnen bestätigt, zuletzt am 10.11.1998, daß Sie keine familienfreundliche, sondern eine familienfeindliche Politik betrieben haben, daß Sie über Steuererleichterungen von unten nach oben verteilt haben und daß das insbesondere immer auf Kosten und zu Lasten von Familien mit Kindern ging.

(Beifall bei der SPD)

mit der Konsequenz, daß jetzt rückwirkend ab 1984 die unzureichende Steuerfreistellung des Existenzminimums korrigiert werden muß. Jahrelang - und das ist nicht unsere Feststellung, sondern die Feststellung der Richter - griff die CDU den Familien tiefer in die Taschen, als überhaupt erlaubt war. Lust auf Familie? Familienpolitik à la CDU?

Wir erinnern uns auch daran: Das Erziehungsgeld von 600 DM - Sie haben es angesprochen, Herr Kollege - ist seit 1986 nicht mehr erhöht worden.

Das ist 13 Jahre her. Das ist Ihre familienpolitische Leistung.

(C)

Die Einkommensgrenzen zur Festsetzung des Erziehungsgeldes wurden ebenfalls seit 1986 nicht mehr erhöht. Das BAföG entwickelte sich innerhalb ihrer Verantwortung für familienpolitische Leistungen zu einem Armuts-BAföG. Das ist die praktizierte CDU-Familienpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Sie führte dazu, daß durch unsoziale Steuer- und Abgabenpolitik kinderreiche Familien und insbesondere alleinerziehende Mütter in die Armut getrieben wurden mit dem Ergebnis nach 16 Jahren CDU-Verantwortung, daß über 1 Million Kinder von der Sozialhilfe leben müssen. Nicht an den Versprechen, sondern an den Taten müssen Sie sich messen lassen!

(Beifall bei der SPD)

So auch an den Einschnitten in den Gesundheitsbereich, wodurch insbesondere Familien mit Kindern betroffen waren. Sie haben die Zuzahlung für Medikamente erhöht, die Selbstbeteiligung bei psychotherapeutischen Behandlungen, das Krankenhausnotopfer und den Wegfall des Zuschusses für Zahnersatz für nach 1978 Geborene eingeführt. Sie haben dafür gesorgt, daß die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall weggefallen ist. 16 Jahre CDU - das waren 16 Jahre des sozialen Abstiegs für Familien, 16 Jahre Frust statt Lust für Familien.

(D)

(Beifall bei der SPD - Antonius Rüsenberg [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Herr Kollege, das wurde Ihnen ja nicht nur von uns, sondern von vielen Seiten bestätigt: zum Beispiel durch das Bundesverfassungsgericht - ein Urteil nach dem anderen mahnte deutlich verbesserte Familienleistungen an -, durch viele Wissenschaftler, unter anderem in der Stellungnahme zum Fünften Familienbericht. Die Schelte und die Kritik waren so massiv, daß Ihre damalige CDU-Familienministerin versuchte, die Veröffentlichung des Berichtes vor der Bundestagswahl zu verhindern. Sie wollte damit den Vorwurf der schweren familienpolitischen Versäumnisse der CDU nicht publik werden lassen. - An all das, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir uns noch sehr gut erinnern.

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage des Kollegen Rösenberg. Würden Sie die zulassen?

**Bernd Flessenkemper (SPD):** Ja, wenn meine zehn Minuten herum sind, gern.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Jetzt hat er Angst!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben auch noch gut im Gedächtnis, daß neben allen Familienorganisationen selbst der Familienbund der deutschen Katholiken und die Christliche Arbeitnehmerbewegung in der CDU immer wieder appelliert haben, den Familienleistungsausgleich gerechter zu gestalten.

Sie alle stießen bei der CDU auf taube Ohren. Statt Lust nur Frust!

In die gleiche Richtung ging die Kritik der beiden Kirchen. Sie fühlten sich durch immer tiefere Einschnitte in der Sozial- und in der Familienpolitik genötigt, sich mit einem Positionspapier für eine sozialere Politik einzumischen, adressiert an die CDU-geführte Bundesregierung. Ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliger Vorgang!

(B) Und diese Kritik war an Sie gerichtet, an diejenigen, die heute, nachdem sie keine Verantwortung mehr haben, plötzlich eine Reform der Familienpolitik wollen, gerichtet an diejenigen, denen die Kirche damals bestätigte, daß ihre Politik die Kinder zum Armutsrisiko werden läßt, an diejenigen gerichtet, die Jahr für Jahr den Familien dickere Stolpersteine vor die Füße rollten und die selbst die normal verdienende Familie um ihre Existenz bangen ließ.

Die für dieses familienpolitische Desaster Verantwortlichen verkündigen heute die neue Lust auf Familie. - Jetzt endlich, aber nicht mit ihrem Reformpapier, sondern seitdem die sozialdemokratische und bündnisgrüne Regierung auf Bundesebene für einen Umbruch gesorgt hat, wird Politik für Familien gemacht.

Ich will Ihnen nur zwei Beispiele nennen:

(Antonius Rösenberg [CDU]: Mehr können Sie auch nicht nennen!)

- Ich könnte Ihnen eine Viertelstunde lang Beispiele nennen. - Nur durch die Einflußnahme der SPD-Mehrheit im Bundesrat - auch daran sei erinnert - kam es 1996 und 1997 zu Anhebungen

und dann erst zu deutlich spürbaren weiteren Aufstockungen im Kindergeldbereich, erst auf 250 DM und dann auf 270 DM.

Ich darf auch daran erinnern: Noch vor vier Jahren, also 1995, gewährte die CDU an Kindergeld für das erste Kind deutlich unter 100 DM. Vor vier Jahren, also 1995, war der CDU jedes Kind gerade einmal 70 DM wert. Daran darf doch wohl erinnert werden!

Jetzt endlich wird auch der Kinderfreibetrag erhöht. Jetzt endlich stehen weitere Steuerentlastungen und die Erhöhung des Grundfreibetrages sowie die Senkung des Eingangssteuersatzes an. Jetzt endlich spüren Familien, daß mehr für sie getan wird. Für eine Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern werden künftig 4.200 DM mehr in der Familienkasse bleiben, werden Familien nach langer Zeit Monat für Monat 350 DM mehr im Portemonnaie haben und damit merken, daß eine familienfreundlichere Politik stattfindet.

Und wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden mit begleitenden familienpolitischen Maßnahmen, der Unterstützung, der Beratung, der Hilfe und vor allem der Betreuung der Familie sowie der Betreuungsangebote weiterhin ein verlässlicher Partner sein.

Das nützt und hilft den Familien mehr als 30 Seiten CDU-Absichtserklärungen mit zu erwartenden Kürzungen und Einschränkungen im sozial- und familienpolitischen Bereich auch auf der Landesebene. Denn wir stellten schon fest: "An Ihren Taten und nicht an Ihren Versprechungen sollt ihr sie messen." Falls die CDU 2001 in der Situation sein sollte, diesen Haushalt zu gestalten, bin ich sicher, wäre das, was an Prophezeiung dahintersteht, nämlich an Einschnitten für Familien, damit verbunden.

Was Sie über Anträge und auch heute in den Beiträgen hier wiedergegeben haben - Stichwort "Tagespflge" - zeigt, daß Sie gestern ein tolles Papier diskutiert haben, aber heute mit alten Konzepten und alten Ansätzen kommen. Es geht immer nur mit mehr Geld statt mit wirklich inhaltlichen Reformansätzen. Hier auf Landesebene haben Sie nichts dazugelernt. Daran muß erinnert werden, darauf gilt es aufmerksam zu machen. Denn wir wollen, daß wir im Interesse der Familien genau eine solche Entwicklung auf Landesebene verhindern.

(C)

(D)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege!

**Bernd Flessenkemper (SPD):** Wir wollen, daß Familien erkennen und noch einmal ganz deutlich vor Augen geführt bekommen, daß sie sich im Land auf uns verlassen können. Deshalb werden wir den Antrag der CDU ablehnen und unserem Haushalt zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Koczy das Wort.

**Ute Koczy (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ganz klar, nach den Äußerungen von Herrn Rösenberg kann auch ich nicht umhin, einige bundespolitische Bemerkungen an die Adresse der Opposition zu richten. Während wir hier über die Finanzen unseres Landes debattieren, berät die CDU nicht nur über die schwarzen ihrerseits zu verantwortenden Finanzen, sondern versucht außerdem, sich zur Familienpolitik zu äußern.

(B) Ich habe dabei bemerkt, daß der familienpolitische Leitantrag Ihres Kleinen Parteitages auch von drei nordrhein-westfälischen CDU-Mitgliedern mit verfaßt worden ist. Frau Dinker und Herr Rüttgers sind nicht anwesend, nur Sie, Herr Arentz. Der Leitantrag zeigt doch, wie lang der Weg ist, den Sie noch zurücklegen müssen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was? - Lachen bei der CDU)

Sie haben in Ihrem Leitantrag genau dasselbe gemacht, was Sie hier im Rahmen der Haushaltsberatungen tun, Etikettenschwindel betrieben und ungedeckte Schecks ausgestellt. Ja, ich muß von ungedeckten Schecks sprechen.

Frau Merkel stellte sich gestern vor die Presse und erzählte etwas über die 20 Jahre alte Idee eines Familiengeldes. Doch hier fehlt die wichtige Aussage, wie hoch die Kosten sind und was dafür gestrichen wird. Wir wissen, die CDU war immer gut damit, gerade im familiären Bereich zu streichen. Aber auf diese Frage hat Frau Merkel keine Antwort.

Gleiches Bild bei den Themen Erziehungsurlaub als Zeitkonto und Rentenbonus bei Eltern. Beides

sind alte grüne Ideen, deren Realisierung jetzt ansteht. Von anderen Parteien abzuschreiben und das dann als brandneue eigene Ideen zu verkaufen, ist schon ziemlich frech, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Innovativ finde ich das nicht. Ich sage "Etikettenschwindel", jawohl.

Was CDU-Vorstandsmitglieder der Presse erzählten, stimmt dann doch nicht ganz mit dem Leitantrag überein. Überraschung! Im Antragstext taucht das Wort Familiengeld gar nicht auf. Auch sonst sucht man konkrete Absichten vergebens.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Haben Sie das Papier schon einmal gelesen?)

- Ja, habe ich. - Statt dessen gibt es tiefschürfende Ausführungen über die Ehe, die doch immer noch das beste für Kinder sei. Weiter hinten steht dann aber auch endlich der Zusatz, daß auch nicht verheiratete Eltern und deren Kinder als Familien angesehen werden könnten. Was denn nun? Die CDU pflegt das Sowohl-als-Auch, legt sich nicht fest, will sich modern geben und bleibt doch die alte miefige Moralpartei. So kann man doch keine zukunftsorientierte Familienpolitik betreiben, meine Damen und Herren von der CDU.

Wenn man eine gute Politik für Kinder, Jugendliche und ihre Familien machen will, dann darf man nicht seine eigenen Vorstellungen überstülpen. Man muß die Bedürfnisse respektieren, die Lebenslagen wirklichkeitsnah einschätzen. Dann muß man meiner Meinung nach auch pragmatisch sein. Und rot-grüne Familienpolitik ist pragmatisch, pragmatisch vor allem deswegen, weil wir sagen: Wir wollen die Lebenslagen von Kindern, Familien und Jugendlichen verbessern.

Ich schaue einmal auf die erste rot-grüne Wahlperiode im nordrhein-westfälischen Landtag zurück und kann nur sagen, wir haben etwas erreicht. Wir haben vor allem etwas im wichtigsten handlungspolitischen Bereich von Familienpolitik erreicht, der öffentlichen Kinderbetreuung. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist landesweit verwirklicht. Alle Eltern, die einen Platz für ihr Kind beanspruchen können, können einen Platz bekommen. Ich finde, das ist schon etwas.

Die finanziellen Anstrengungen des Landes waren groß, und sie haben sich gelohnt. So sind im Haushalt 2000 für 553.000 Kindergartenplätze,

(C)

(D)

(Ute Koczy [GRÜNE])

- (A) 38.700 Hortplätze und 12.200 Plätze für Kinder unter drei Jahren ca. 1,4 Milliarden DM veranschlagt. Immer noch stehen auch im Investitionsbereich 65 Millionen DM zur Verfügung.

Das Ergebnis ist um so höher zu loben, als es durchaus Kräfte gab, denen dieses Ziel weniger wichtig war. Wir erinnern uns: In der Mitte der Legislaturperiode machten die Verbände der großen KITA-Träger, vor allem die Kirchen und Städte, und der Landesfinanzminister Front gegen hohe Kosten in den Kindergärten. Sie wollten Geld sparen durch höhere Elternbeiträge, geringere Bezahlung des Personals, größere Gruppen und vor allem durch einen Ausbaustopp. Das waren Tage der härtesten Auseinandersetzung auch innerhalb der Koalition. Aber wir haben einen Kompromiß gefunden mit zahlreichen Verbesserungen am ursprünglichen Gesetzestext und einen leichten Ausbau der Betreuungsangebote im Land erreicht.

Ich wette, unter einer anderen politischen Konstellation hätte das dann ganz anders ausgesehen. Die GRÜNEN waren diejenigen, die sich für die Interessen der Kinder und Eltern eingesetzt haben. Wir haben kürzere Öffnungszeiten verhindert. Wir haben höhere Elternbeiträge verhindert.

(B) Wir drangen auf einen weiteren Ausbau der Betreuungsangebote für Kleinst- und für Schulkinder, und wir haben uns damit durchgesetzt.

Aus grüner Sicht könnte der Ausbau vor allem der Angebote für Kinder und Schulkinder noch schneller vorangehen. Die zusätzlichen 8,5 Millionen DM im Einzelplan 11 des Landeshaushaltes 2000 haben wir mit befördert. Aber wir hätten uns durchaus auch mit noch mehr neuen Betreuungsplätzen im GTK anfreunden können. Wir legen Wert auf qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. Wir legen Wert auf existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse von Erzieherinnen, auf kleine Gruppen und gute Räumlichkeiten. Wir sind auch stolz auf das in den Haushaltsberatungen in den Einzelplänen 11 und 05 Erreichte. Im nächsten Jahr können rund 320.000 Kinder über sechs Jahren und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen eine landesgeförderte Betreuungsmöglichkeit in Anspruch nehmen.

Das bedeutet eine Bedarfsdeckung am Nachmittag von über 12 %. Das gibt es in CDU-geführten Bundesländern nicht.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Was?)

Nun haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ja eine Erhöhung der Mittel für Hortte in Höhe von sagenhaften 15 Millionen DM beantragt. Ich fände das wunderbar. Aber haben Sie das auch mit den Spitzenvertretern der Kirchen besprochen? Diese haben sich doch in der Vergangenheit eher gegen den Ausbau im Hortbereich gesträubt, weil die Berufstätigkeit von Müttern nicht in das Familienbild paßt.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ist das der Grund, warum Sie da nicht mitstimmen wollen?)

- Das kommt noch, Herr Arentz. - Außerdem planen die Kirchen eine weitere Reduzierung ihres Trägeranteils. Da paßt doch ein solcher Ausbau auch nicht ins Konzept.

Haben Sie das auch mit den mehrheitlich schwarz regierten Städten und Gemeinden im Land besprochen? Es ist mir nämlich nicht bekannt, daß dort im Ausbau von Horten eine Priorität gesehen wird. Auch die wollen nicht mehr Geld für Kinderbetreuung ausgeben.

Darf ich Ihren Antrag dann so verstehen, daß Sie die städtischen Träger zu weiteren Hortplätzen drängen wollen? Das würde mich freuen; aber eigentlich glaube ich nicht, daß Sie das vorhaben. Ich denke, Sie tun hier im Landtag das gleiche wie auf Ihrem kleinen Parteitag: Sie geben ein wenig an. Es ist ja nicht ernst; Sie sind ja schließlich in der Opposition, die gerne ein paar Luftbuchungen macht.

Wenn Ihr Antrag auf Erhöhung der Hortmittel hier beschlossen würde, würde das an der Betreuungssituation nichts ändern. Die Mittel würden nicht abfließen, und zwar nicht, weil nicht genügend Anträge gestellt würden, und nicht, weil es keine Elterninitiativen gäbe, die Geld brauchen könnten, und nicht, weil es keinen Bedarf gibt, sondern weil die CDU-Mehrheiten in den Stadträten die städtischen Komplementärmittel verweigern würden.

Ich sagen Ihnen, wo das zum Beispiel so sein wird: etwa in Aachen, wo die neue schwarz-gelbe Ratsmehrheit das Kindergartenausbauprogramm nicht weiterführen will, oder im Kreis Steinfurt, wo der schwarze Kreis den rot-grünen Antrag auf eine große altersgemischte Gruppe in Lotte mit

(C)

(D)

(Ute Koczy [GRÜNE])

(A) fadenscheinigen Argumenten zu Fall brachte. Das stimmt mich nachdenklich.

(Antonius Rüsenberg [CDU]: Da fahren wir hin und gucken uns das an!)

- Ja, gerne, dann haben Sie schon ein paar Beispiele. Da können Sie viel im Land umherreisen, Herr Rüsenberg, dann sehen wir Sie hier gar nicht mehr.

Ich denke, Rot-Grün ist in bezug auf die öffentliche Kinderbetreuung auf einem guten Wege. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir GRÜNEN uns für einen weiteren qualitativ hochwertigen Ausbau der Schulkindbetreuung einsetzen.

Aber auch der hier zur zweiten Lesung vorliegende Antrag "Nicht benötigte Kindergartenplätze für andere Altersstufen nutzen!" zeigt, in welche Richtung wir denken, und wir freuen uns natürlich, daß auch die CDU diesem Antrag zustimmen wird.

Die GRÜNEN haben sich auch für die Förderung der Kinder- und Familienhilfe eingesetzt und dafür gesorgt, daß die Kürzung der Förderung der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege zurückgenommen wird. Wir hatten noch ganz andere Pläne, aber die mußten wir für dieses Mal zurückstellen.

(B) Zum Schluß will ich auf einen anderen Aspekt der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik eingehen: auf den Landesjugendplan. Ich finde, Rot-Grün hat hier ein echtes Kabinettsstückchen geliefert. Wir haben demonstriert, daß man auch ohne höhere Kosten innovative Impulse geben kann. Damit haben wir auch verhindert, daß der Landesjugendplan angetastet wird.

NRW hat die bundesweit beste Finanzierung von Angeboten für Jugendliche. 194 Millionen DM plus 5,5 Millionen DM stehen bereit, um Schwerpunkte der Jugendarbeit abzudecken, die anerkanntermaßen den Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechen. Eine Erhöhung der Zuschüsse über die 5,5 Millionen DM hinaus war politisch nicht durchsetzbar. Denn es gab ja auch Kritik an der Struktur des Landesjugendplans; das wollen wir hier doch nicht verschweigen.

Wir haben umgeschichtet und die Finanzierungsgrundlagen geändert, aber die Basis der Arbeit der Verbände und Träger und ihren Personalstamm an Jugendbildungsreferenten gesichert.

Ich bin froh über den fruchtbaren Boden, auf den unsere Ideen fielen. Landesweit ist doch jetzt eine

(C) echte Aufbruchstimmung bei innovativen Pädagoginnen und Pädagogen zu spüren. Sie denken sich viel aus, sie sind kreativ, sie wollen etwas gestalten im Umweltschutz, in Kultur- und Migrationsprojekten und vor allen Dingen auch im Mädchenbereich. Daß wir es geschafft haben, Mädchenarbeit als Querschnittsaufgabe im Landesjugendplan zu verankern, war einer der großen Erfolge. Wir werden diese Erfolge auch in der nächsten Zeit fortsetzen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Fischer das Wort.

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer über Innovationen reden will, Herr Kollege Rüsenberg, sollte nicht so sehr auf das Mehr oder Weniger von Finanzen eingehen, sondern doch erheblich mehr auf das Wie. Denn mehr oder weniger Finanzen zu haben, ist kein Qualitätsmerkmal an sich, sondern es kommt darauf an, wie man zu Reformen kommt.

(D) Mit dem Haushalt für das Jahr 2000 setzt die Landesregierung in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ein Zeichen für die Stabilisierung und Modernisierung der sozialen Infrastruktur; dies ist trotz oder gerade wegen der Überrollung möglich.

Die Landesregierung steht zu ihrem Wort: Wir brauchen ein stabiles Fundament für die Förderung, Bildung und Hilfe insbesondere für junge Menschen. Wir müssen neue Wege erproben, um ein paßgenaues Konzept für junge Menschen und ihre Familien zu entwickeln, damit sie rechtzeitig Unterstützung und Hilfe erhalten können. Junge Menschen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, die ihnen alle Chancen und Möglichkeiten für die Gestaltung ihrer Zukunft und die Realisierung ihrer individuellen Lebensplanung eröffnen, die geeignet sind, ihnen die sozialen Kompetenzen zu vermitteln, die erforderlich sind, um in der Gesellschaft des Wissens mithalten zu können, und sie wappnen, mit Risiko-, Gefährdungs- und Konfliktsituationen umzugehen.

Moderne Kinder-, Jugend- und Familienpolitik setzt deshalb vor allem auf die Stärkung der eigenen Kräfte und Fähigkeiten und nicht allein auf die Funktion der fürsorgenden Hilfe. Wir wollen, daß

(Ministerin Birgit Fischer)

(A) junge Menschen in ihren Entscheidungs- und Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt werden, die Entwicklungspotentiale und Initiativen der jungen Menschen aufgreifen und ihnen soziale Räume geben, die sie in ihren Lebensvorstellungen unterstützen.

Eine besondere Unterstützung brauchen diejenigen, die sozial benachteiligt sind, und deshalb einer besonderen Hilfe und Förderung bedürfen.

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung sieht für den Bereich Kinder-, Jugend- und Familienpolitik Ausgaben in Höhe von 2,54 Milliarden DM vor.

Für die Politikfelder haben wir Schwerpunkte gesetzt. Zum einen wurden mit der Novelle zum GTK der Konsolidierungskurs und die fachliche Weiterentwicklung der Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern fortgesetzt. Zum 30. Oktober 1999 betrug die Versorgungsquote in Nordrhein-Westfalen 95,9 %.

Das heißt: Es bestehen nur noch wenige Versorgungsdisparitäten, die wir mit einem Mittelansatz im Haushalt für 1.500 Plätze ausgleichen wollen. Deshalb können wir auch den investiven Rahmen verändern.

(B) Die kooperative Zusammenarbeit mit den Trägern in der Steuerungsgruppe, die Umsetzung der Erprobungsklausel und der angestrebte fachpolitische Dialog mit allen Beteiligten sind ein gutes Fundament für die bedarfsgerechte und qualitative Weiterentwicklung. Mit der Erprobungsklausel konnten wir insgesamt zirka 900 von 1.000 Anträgen der Träger bewilligen. Das zeigt, daß die Praxis Innovationsimpulse setzen kann und vieles in Bewegung geraten ist.

Mehr als bisher brauchen wir verlässliche Ganztagsangebote für Kinder im schulpflichtigen Alter. Bereits im Landesjugendplan ist mit einem Ansatz von 8,5 Millionen DM ein Nachmittagsangebot für die Altersgruppe der 10- bis 14jährigen aufgebaut worden. Mit der neuen Titelgruppe 81, die ebenfalls 8,5 Millionen DM umfaßt, werden wir weitere Akzente in der Nachmittagsbetreuung für schulpflichtige Kinder in der Altersgruppe der 6- bis 10jährigen setzen.

Mit den Betreuungsangeboten nach Schulschluß wollen wir den Brückenschlag zwischen den Möglichkeiten der Jugendhilfe und der Schule voran-

bringen. Wir schaffen vor Ort die Möglichkeit, flexibler auf den unterschiedlichen Bedarf der Eltern und Kinder zu reagieren.

Die Landesregierung fördert den Ausbau der sicheren und verlässlichen Ganztagsbetreuung. Allein mein Haus fördert - einschließlich der Plätze im Hortbereich - die Betreuung dieser Altersgruppe mit insgesamt 127 Millionen DM. Wenn Sie die Ansätze für die Ganztagsbetreuung aus dem Schulbereich meiner Kollegin Behler hinzunehmen, summieren sich die Ausgaben für Angebote beider Häuser im Jahre 2000 auf insgesamt 200 Millionen DM allein für die Betreuung der Kinder im schulpflichtigen Alter.

Herr Kollege Rösenberg, auf den Ruf nach flexiblen Angeboten, der unbestritten da ist, kann man nicht nur "Hort!" als eine Antwort geben. In der Tat braucht man flexible Angebote, um dem Bedarf dort gerecht zu werden. Die CDU hat 15 Millionen für Investitionen zum Ausbau des Hortbereichs beantragt, bei allerdings gleichbleibenden Betriebskosten. Die Folgekosten mitzurechnen, hat die CDU vergessen. Populistische Forderungen ohne realistische Umsetzungsschritte zeigen die Halbherzigkeit, mit der die CDU Ganztagsangebote für Kinder im schulpflichtigen Alter schaffen will. Wir hingegen handeln!

Die Kinder- und Jugendförderung haben wir stabilisiert und neue Wege eröffnet. Der Landesjugendplan ist in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut worden, und zwar in dieser Legislaturperiode um 11 Millionen DM auf insgesamt rund 200 Millionen DM. Wir haben damit nicht nur die bestehende Infrastruktur durch die Reform des Landesjugendplans gesichert, sondern wir haben durch neue Projektschwerpunkte neue Akzente gesetzt, um auf die veränderten Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen zu reagieren.

Nach einem Jahr Reform des Landesjugendplans zeigt sich: Auch wenn jeder neue Anfang für die Träger schwer ist und Neuorientierung erfordert, war diese Reform längst überfällig. Deshalb bin ich dankbar dafür, daß die meisten Träger die neuen Ansätze nutzen und konstruktiv mitwirken.

Ergänzt wird der Landesjugendplan durch die zusätzliche Förderung von Beteiligungsprojekten junger Menschen, um ihnen mehr Partizipation an politischen Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort zu sichern. Hierfür sind 1,5 Millionen DM vorgesehen.

(C)

(D)

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) Verlässliche Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit vor Ort zu schaffen, ist vorrangig Aufgabe der Kommunen. Das Land kann dabei nur ergänzend wirken. Wir in Nordrhein-Westfalen tun das aber großzügiger als andere Bundesländer.

Ausbildung und Beruf bei jungen Leuten haben bei uns höchste Priorität. Daher setzen wir auf Prävention beim Übergang von der Schule in den Beruf. Gerade sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Jugendliche bedürfen unserer Unterstützung, damit sie nicht bereits zu Beginn ihres Berufslebens ausgegrenzt werden. Rund 40 Millionen DM aus dem Landesjugendplan stehen dafür im Rahmen der Jugendsozialarbeit zur Verfügung, zum Beispiel für 61 Beratungsstellen im Übergang von der Schule in den Beruf, 47 Jugendwerkstätten, 337 sozialpädagogische Fachkräfte und 82 Jugendwohnheime.

Mit dem Programm "Zukunft für die Jugend, Bildung und Ausbildung" werden zusätzlich 4 Millionen DM bereitgestellt. Mit ca. 30 geförderten Projekten erreichen wir rund 1.300 Schülerinnen und Schüler.

- (B) Ein vierter Schwerpunkt unserer Politik ist die Familienpolitik. Wir wollen die Selbsthilfepotentiale der Familien stärken. Familienpolitik muß heute vor allem Rahmenbedingungen schaffen, die Familien in ihren Kräften stärken und sie darin unterstützen, Probleme aus eigener Kraft zu überwinden.

Nordrhein-Westfalen ist beispielhaft in der Infrastruktur für Beratungs- und Hilfesysteme für Familien. Der Haushaltsentwurf sieht für die Unterstützungssysteme und die Familienbildung insgesamt 146 Millionen DM vor. Besonders Familien in Notlagen benötigen rechtzeitige und verlässliche Hilfe.

Herr Kollege Rüsenberg, auch wenn Sie das Thema Familienpolitik aktuell in Ihrer Partei diskutieren, scheint mir das doch davon abzulenken, daß die Familienpolitik bei der CDU im Bund 16 Jahre lang ein Schattendasein geführt hat.

(Beifall bei der SPD)

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil hat ein deutliches Urteil gesprochen und auch das bewertet, was in den vergangenen Jahren eigentlich geschehen ist. Mit Ihren jetzigen Worten und Aktivi-

täten werden Sie nicht über das hinwegtäuschen können, was Sie 16 Jahre lang versäumt haben. (C)

(Antonius Rüsenberg [CDU]: Sie werden sich wundern! - Lachen der Dorothee Daner [SPD])

Die Beratungs- und Hilfeangebote in Nordrhein-Westfalen wollen wir weiterentwickeln, so daß wir Schritt für Schritt mit den Kommunen und den Wohlfahrtsverbänden ein soziales Frühwarnsystem aufbauen. Wenn es uns gelingt, unterschiedliche Kenntnisse und Erfahrungen miteinander zu verbinden, dann werden wir in der Lage sein, früher und zielsicherer zu helfen, und so die Entstehung von Notlagen vermeiden helfen.

Oft gehen Notlagen der Familien mit hoher Überschuldung einher. Mit Hilfe von 197 Beratungsstellen für die Verbraucherinsolvenzberatung helfen wir, neue Perspektiven und Chancen für ein Leben ohne Verschuldung aufzubauen. Mit 8 Millionen DM können wir 88,5 Vollzeitstellen für Fachkräfte im Jahr 2000 fördern.

Die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensformen abzubauen, bleibt ein Ziel der Landesregierung. Im Haushalt 2000 sind rund 1,6 Millionen DM vorgesehen: für den Auf- und Ausbau der Infrastruktur selbsthilfeorientierter und selbstorganisierter Initiativen, für die Weiterentwicklung des Beratungsangebotes, die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Forschung, Fortbildung und die Schulung von Multiplikatoren und Multiplikatorinnen. (D)

In der Zusammenarbeit mit den Trägern der freien und öffentlichen Jugendhilfe werden wir gemeinsam die Verantwortung übernehmen, die Haushaltsmittel im Jahr 2000 wirksam einzusetzen: wirksam für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Teilhabe in unserer Gesellschaft. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Ich frage, ob es noch Beratungsbedarf zu diesem Punkt gibt -

(Antonius Rüsenberg [CDU]: Es gibt noch viel zu sagen!)

Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann eröffne ich die Beratung zum Teilbereich

(Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

(A) c) Gesundheit

Ich erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Arentz das Wort.

**Hermann-Josef Arentz (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gesundheitspolitik befindet sich in schwerem Fahrwasser, egal ob wir nach Berlin oder nach Düsseldorf gucken. Überall ist Fischer! Überall ist es nicht gut.

(Roland Appel [GRÜNE]: Wenn ich Sie höre, ist es gut!)

Es hat uns sehr bedrückt zu sehen, daß bei den schlimmsten Bestandteilen der Reform, die in Berlin geplant wurde und die Gott sei Dank an der Mehrheit im Bundesrat gescheitert ist, die Leidtragenden insbesondere die Patienten gewesen wären, die zum Opfer der Rationierung geworden wären, und die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen, Frau Ministerin, für die Sie eigentlich eine besondere Sorgfaltspflicht haben. Aber gerade diese Bestandteile des Berliner Gesetzentwurfes stammten - wie man hört - aus Ihrem Haus. Wir haben das für eine ausgesprochen ungute und schlechte Entwicklung gehalten.

(B) (Beifall bei der CDU)

Ein Blick in den Haushalt, der uns vorliegt, läßt eine gewisse Vermutung zu, warum Sie diese Politik der rot-grünen Koalition in Berlin in so drastischer Weise gegen die Interessen der Krankenhäuser auch in Nordrhein-Westfalen gelenkt haben. Das liegt schlicht und ergreifend daran, daß hier in Nordrhein-Westfalen unter der Verantwortung dieser Landesregierung und auch unter Ihrer Verantwortung die Investitionsmittel - der Bedarf der Krankenhäuser - seit Jahren nach unten gefahren worden sind. Im Grunde werden die Not und das Elend in diesem Bereich an allen Ecken und Enden immer größer.

(Beifall bei der CDU)

Wer so wie Sie hingeht und selbst gegenüber 1992 die Mittel der Einzelförderung im Krankenhausbereich noch einmal um die Hälfte zusammenstreicht, wer eine Politik macht, die dazu führt, daß Nordrhein-Westfalen heute das letzte Bundesland unter allen 16 Ländern in der Förderung der Krankenhäuser mit investiven Mitteln ist, der hat im Grunde völlig versagt. Er trägt die Verantwortung dafür, daß die Krankenhauslandschaft

in großer Sorge um ihre Substanz ist. Dann versuchen Sie, Frau Ministerin, das alles auf die Kassen abzuwälzen. Ich finde: Das ist eine ganz schlimme Politik!

(C)

Wir sagen das übrigens nicht alleine als Union. Dann könnten Sie ja noch sagen, das seien die üblichen Verdächtigen.

(Zuruf von der SPD: Sind sie auch! - Horst Vöge [SPD]: Casablanca!)

- Ja, Casablanca.

Wir sollten uns einmal anschauen, was die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtsverbände in ihrer Stellungnahme zum Landeshaushalt zu dieser Krankenhauspolitik dieser Landesregierung sagt. Das macht in der Tat ausgesprochen nachdenklich. Ich will einmal ganz wenige Passagen aus der Stellungnahme der freien Wohlfahrtspflege zum Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen 2000 vortragen.

Da heißt es z. B., daß die vorgesehene Förderung bedeutet, daß keine einzige Maßnahme, die neu in das Investitionsprogramm 2000 aufgenommen wird, auch tatsächlich im Jahre 2000 begonnen bzw. gefördert werden kann. Da heißt es, daß den 270 Millionen DM Investitionsmitteln des Landeshaushalts ein tatsächlicher Investitionsbedarf von mindestens 3,1 Milliarden DM gegenübersteht. Das heißt, gemessen am Kostenvolumen werden nur knapp 9 % der notwendigen Maßnahmen gefördert. 91 % können nicht berücksichtigt werden.

(D)

Meine Damen und Herren, was ist das für eine Relation zwischen zur Verfügung gestellten Mitteln und dem Bedarf, wenn 91 % auf der Strecke bleiben und nur 9 % erfüllt werden können?

(Beifall bei der CDU)

Es geht um kranke Menschen in Nordrhein-Westfalen, denen anständig geholfen werden muß!

Sie verhindern mit Ihrer Politik, daß das Optimum in diesem Bereich geschehen kann. Das ist eine Politik, die Krankenhäuser krank macht, und keine Politik, die dazu dient, daß kranke Menschen gesund werden können.

Diese ganze Politik wird ausgetragen auf dem Rücken derjenigen, die in den Krankenhäusern arbeiten. Und sie wird ausgetragen auf dem Rücken der Träger. 70 % der Krankenhäuser sind kirchliche oder freigemeinnützige Krankenhäuser, keine kommunalen und keine staatlichen Kranken-

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

(A) häuser. Das ist eine ganz andere Struktur als in vielen anderen Bundesländern. Sie knallen doch die Träger mit dem Rücken an die Wand mit dieser Politik, die Sie hier machen. Man muß doch froh und dankbar sein, wenn man freie Träger hat, die sich in dem Bereich engagieren.

Was Sie hier betreiben, ist im Grunde die schlechende Enteignung der freien Träger. Das ist übrigens ein Volumen von weit über 1 Milliarde DM in den letzten 20 Jahren, wenn man es aufaddiert. Sie müßten nämlich nach dem Prinzip der dualen Krankenhausfinanzierung hingehen und den Abschreibungsbedarf ersetzen, weil sich die Krankenhäuser den über die Pflegesätze von den Krankenkassen nicht holen können. Dann hätten wir wenigstens Substanzerhaltung. Genau das machen Sie nicht. Jedes Jahr wird es an dieser Ecke in der Gesundheitspolitik noch schlimmer. Das war der erste Punkt, zu dem ich etwas sagen wollte.

Ich appelliere wirklich noch einmal - ohne große Hoffnung auf Einsicht - an Sie, dem Antrag der CDU-Fraktion zu folgen. Es ist uns nicht leicht gefallen, aber wir haben es getan, weil wir uns gesagt haben, daß es eine unglaublich wichtige Aufgabe ist. Wir haben es im übrigen auch getan im Wissen darum, daß wir ab Mai daran festgehalten werden, wenn wir die Landesregierung stellen. Wir haben in diesem Bereich trotzdem gesagt, daß wir 100 Millionen mehr beantragen und mehr brauchen, weil wir wissen, daß wir das auch tun werden, wenn wir im nächsten Jahr die Mehrheit haben und die parlamentarischen Möglichkeiten dazu gegeben sind.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt komme ich zum zweiten Punkt, zu dem ich etwas sagen wollte. Auch das hat etwas mit Gesundheitspolitik zu tun. Frau Ministerin, vielleicht können Sie nachher einmal ein paar Takte dazu sagen, wie Sie damit umgehen wollen, daß ab Mitte Dezember die Budgets in Nordrhein-Westfalen ausgeschöpft sind, daß die kranken Menschen gar nicht mehr wissen, ob sie überhaupt noch Hilfe und Leistungen bei den Ärzten kriegen können, weil sie nämlich in die Tasche der Doktoren hineingreifen müssen. Dazu werden Sie sicherlich nachher eine befriedigende Antwort finden.

(Beifall bei der CDU)

Ich wollte noch etwas zum Thema der Suchtproblematik sagen. Wir stellen mit großem Erstaunen fest, daß Sie bei dem Thema Sucht und Hilfe für

Suchtkranke den Mittelansatz im nächsten Jahr kürzen wollen.

Ich habe nicht erkennen können, daß das Problem geringer geworden wäre. Im Gegenteil! Wir haben den Eindruck, daß die Probleme in diesem Bereich immer größer werden. Und wir fanden es schon bemerkenswert, daß die Roten und die GRÜNEN im Ausschuß einen Antrag der CDU-Fraktion, 5,5 Millionen DM zusätzlich für eine Präventionsvereinbarung zur Verfügung zu stellen, abgelehnt haben. Denn das beste, was wir tun können, wenn wir der Suchtproblematik begegnen wollen, ist doch, Kinder stark zu machen, jungen Leuten zu helfen, gar nicht in den Teufelskreislauf der Drogen hineinzugeraten. Aber nein! Sie haben nein gesagt. Deshalb werden Sie wahrscheinlich lieber Fixerstuben und Heroingabe fördern. Es ist der völlig falsche Weg, auch in der Drogenpolitik, den Sie hier gehen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich in der Kürze der Zeit einen dritten Punkt ansprechen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Muß das sein?)

- Das muß sein. - Lassen Sie mich einen Punkt ansprechen, in dem sich Ihre Politik jeder Nachvollziehbarkeit entzieht: Das ist die Förderung der Ausbildung zur Altenpflege. Meine Damen und Herren, das ist einer der wenigen Berufe, wo all diejenigen, die eine Ausbildung haben, sofort vermittelt werden können. Und was macht diese famose Landesregierung? Sie kürzt den Ansatz zur Ausbildung junger Leute zur Altenpflegerin oder zum Altenpfleger um 10 Millionen DM! - Das korrespondiert mit dem, was wir heute morgen bezüglich des Verhaltens von Herrn Schleißer und dazu, wie die Ausbildungsplätze im Landesdienst in Nordrhein-Westfalen weggekippt werden, diskutiert haben. - 600 Plätze sollten in der Ausbildung für die Altenpflege gestrichen werden, 50 Millionen statt 60 Millionen im Haushaltsansatz! Dann ist die Koalition gekommen und hat gesagt: Na ja, 4 Millionen legen wir drauf, aber wir stellen nicht mehr den alten Ansatz her. Wissen Sie, was das im Ergebnis bedeutet?

Das bedeutet im Ergebnis erstens, daß keine Mittel mehr - der Ansatz steht bei null - für die Weiterbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern zur Verfügung stehen, als gäbe es hier keinen Fortbildungsbedarf mehr; eine Tatsache, die

(C)

(D)

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

(A) die Verbände der freien Wohlfahrtspflege zu Recht ausgesprochen scharf kritisiert haben.

Nun zu dem zweiten Ergebnis Ihres Handelns - und das ist besonders interessant, Frau Ministerin! Da bekomme ich einen Brief von einem Menschen, der in der sozialen Arbeit über viel Erfahrung verfügt, vom Paritätischen Wohlfahrtsverband im Kreis Steinfurt, dem Herrn Klapper, der übrigens ausdrücklich schreibt, daß er Sozialdemokrat wäre und Ihnen auch geschrieben hätte. Er rechnet nämlich einmal vor, was das bedeutet, was Sie hier anrichten. Das bedeutet nämlich, daß die Einrichtungen, die junge Leute zum Altenpfleger ausbilden, jetzt im vierten Quartal mitgeteilt bekommen, daß sie zwischen 40.000 DM und mehreren hunderttausend DM weniger Förderung im laufenden Jahr erhalten - das können sie überhaupt nicht mehr einsparen! - und daß im nächsten Jahr diese verringerte Förderung noch einmal zusammengestrichen werden soll. - Wie wollen Sie da eigentlich noch die Qualitätsstandards der Ausbildung einhalten?

(Beifall bei der CDU)

(B) Auch da sage ich Ihnen, Frau Ministerin: Es geht doch nicht darum, daß sich die Schulen das Geld in die Tasche stecken, sondern darum, daß junge Leute so ausgebildet werden, daß sie an unseren alten Menschen vernünftige und qualitativ hochwertige Pflege verrichten können. Das ist das dahinter stehende Anliegen. Die von Ihnen vorgenommenen Kürzungen sind fachlich überhaupt nicht zu vertreten.

Sie sind im übrigen von Ihnen offensichtlich mit den Verbänden auch nicht vorher besprochen, diskutiert und abgestimmt worden, sondern ausschlaggebend ist anscheinend nur die Tatsache, daß Sie, weil Sie Geld in anderen Bereichen verpulvern, meinen, hier auf Knochen derjenigen, die sich nicht mehr zu wehren vermögen, sparen zu können. Das halten wir für eine schofelige Politik!

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum letzten Punkt, meine Damen und Herren. Das ist das Trauerspiel im Umgang mit dem Thema der komplementären ambulanten Dienste. Das haben wir im letzten Jahr auch schon einmal diskutiert. Sie haben versucht, in diesem Jahr wieder kräftig reinzuschneiden. Es gibt zwar einige kosmetische Reparaturen durch Anträge der Koalition, aber keine wahren Reparaturen. Und Sie waren es, Frau Fischer, die uns im Ausschuß erzählt hat, die erste Hälfte würden Sie

in diesem Jahr streichen. Das sei ein Mehr-Stufen-Plan.

Das heißt im Klartext: Sie haben im Grunde im Kopf, völlig aus der Förderung der komplementären ambulanten Dienste auszusteigen. Das bedeutet ferner im Klartext, daß, wie beispielsweise der Caritasverband für das Erzbistum Köln in einem Notruf an mich geschrieben hat, ...

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege, ich erinnere Sie daran, daß die Redezeit abgelaufen ist.

**Hermann-Josef Arentz (CDU):** Sie ist abgelaufen. Ich komme gleich zum Ende, Frau Präsidentin.

... daß für kranke und pflegebedürftige Menschen wichtige Angebote der Pflege zu Hause nachhaltig eingeschränkt werden müssen. Nun haben wir zum Trost gehört - Frau Präsidentin, das ist der letzte Gedanke -, ...

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Nicht der letzte Gedanke, sondern der letzte Satz!

**Hermann-Josef Arentz (CDU):** ... das sei ja alles kein Problem, das könnten die Kommunen bezahlen. Wir stellen allerdings fest, daß der nordrhein-westfälische Landkreistag in einem Schreiben an die Kommunen mitteilt, das sei gar nicht so einfach und so klar.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege, jetzt gehe ich noch einmal dazwischen! Sie können jetzt nicht noch weitere Schreiben zitieren! Ich bitte Sie, Ihre Rede abzuschließen!

**Hermann-Josef Arentz (CDU):** Deswegen fordere ich Sie, Frau Ministerin, auf, uns bitte schön jetzt einmal zu erklären, welche rechtliche Vorsorge Sie getroffen haben, um die Finanzierung der komplementären ambulanten Dienste sicherzustellen. Denn auch da geht es darum, alten und kranken Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich sehr herzlich eine Delegation begrüßen. Wir haben Kollegen aus dem mongolischen Parlament hier im Landtag. Ich freue mich, daß Sie da sind!

(Allgemeiner Beifall)

Nun hat für die SPD-Fraktion Kollege Vöge das Wort.

**Horst Vöge (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, was ich an Kollegen Arentz mehr bewundere: seine schauspielerischen Fähigkeiten, wie er mit einer gewissen Grazie und Brutalität hier die Wahrheiten des Landes verkündet,

(Allgemeine Heiterkeit)

oder seine Seherqualitäten. Die allerdings, meine ich, sind schon etwas unterbelichtet, wenn er uns für den 14.05., 18.00 Uhr vorhersagt, daß es eine andere Landesregierung geben würde. - Ich weiß nicht genau, wie die Mehrheitsverhältnisse aussehen werden, aber ich weiß ganz genau: Sie werden weiterhin eine brutal starke Opposition im Landtag sein!

(B) Wir haben uns in der Vergangenheit über Gesundheitspolitik, wir haben uns in der Vergangenheit über Krankenhauspolitik und in den letzten zwei Monaten häufiger über Gesundheitsreform unterhalten. Ich will deshalb den Gesundheitsbereich hier nur streifen. Ich habe mir dazu die erhellenden Papiere der CDU, insbesondere das Bundesvorstandspapier, welches im Oktober rauskam, aber auch das Landespapier und das Lohmann-Papier, angesehen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Nicht ansehen, sondern lesen!)

Ich habe darin zwei Drittel Schuldzuweisung und ein Drittel Versuche eines Lösungsansatzes gefunden. Wenn ich aber die darin enthaltenen Lösungsvorschläge betrachte, bemerke ich, daß diese neuen Lösungsvorschläge zumeist die alten sind: Es werden Seehofer-Problemansätze übernommen und keine neuen vorgeschlagen, die z. B. helfen könnten, die Lohnnebenkosten zu senken.

Was ich bisher von der CDU gehört habe, ist eine gewisse Dramatik in Gesten, aber sind kaum Lösungsansätze. Deshalb möchte ich zu anderen Punkten kommen.

Ich komme zu den seniorenpolitischen Förderschwerpunkten. Ich möchte ausdrücklich das Ministerium loben, daß es bei der Frage des bürgergesellschaftlichen Engagements von älteren Menschen im Rahmen der Fortsetzung des 2. Landesalteneplanes einen Schwerpunkt setzt. Ich glaube, die Unterstützung von Freiwilligenzentralen, Seniorenagenturen und sozialen Netzwerken ist genau der richtige Weg, um in der Seniorenpolitik weiterzukommen.

Über den Bereich der komplementären ambulanten Dienste habe ich bereits heute vormittag einiges gesagt. § 10 Abs. 2 soll meiner Meinung nach weiterhin gelten, so daß die Kommunen hier eine besondere Verantwortung haben und diese auch in Zukunft wahrnehmen müssen.

Zur Ausbildung in der Altenpflege: Es trifft zu, daß mit den Wohlfahrtsverbänden 1.700 Ausbildungsplätze, die auch ausreichen, vereinbart wurden; 6.000 Ausbildungsplätze haben wir dann insgesamt. Das, was Sie vorschlagen, würde in der Umlage, verehrter Herr Kollege Arentz, höchstwahrscheinlich noch einmal eine Summe zwischen 17 und 18 Millionen DM ausmachen. Es scheint mir - diese Ansicht tragen auch die von Ihnen zitierten Wohlfahrtsverbände -, daß Ihr Ansatz genau der verkehrte ist. Ihr Ansatz wird von den Verbänden, die hier eine hohe Verantwortung tragen, in keiner Weise geteilt.

Ich möchte zur Drogenpolitik bemerken, daß die SPD-Fraktion eine Reise in die Schweiz unternommen hat...

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Da war es bestimmt schön!)

und von der heroïnunterstützten Behandlung beeindruckt war. Das bedeutet, daß Menschen, die in der Drogenszene stehen, Hilfen angeboten werden, um ein gesünderes Leben zu führen. Offene Drogenszenen wurden geschlossen, die Drogenbeschaffung wurde deutlich eingeschränkt, und die Kriminalitätsrate ist gesunken. Ich glaube, das ist ein Weg, den wir hier in Nordrhein-Westfalen gehen sollten.

Allerdings durfte ich mit Erstaunen nachlesen, daß wir in Düsseldorf eine neue Koalition bekommen. Drogenpolitik spaltet die CDU, und in Düsseldorf heißt es, daß Oberbürgermeister Joachim Erwin neuerdings sogar versucht, eine Koalition mit den Republikanern einzugehen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Unsinn!)

(C)

(D)

(Horst Vöge [SPD])

(A) - Das ist in der "Rheinischen Post" vom 10. Dezember nachzulesen.

Er strebt eventuell eine Koalition mit den Republikanern an, weil er einen anderen Weg gehen möchte. Ich halte das nicht nur für ein bißchen, sondern insgesamt für fragwürdig. Das zeigt, welche seltsamen Wege in der Drogenpolitik seitens der CDU gegangen werden, und zwar aufgrund der Erkenntnis, daß ihr drogenpolitischer Ansatz nicht mehr haltbar und eher ein verrottetes Stück aus der Vergangenheit ist.

Ich möchte noch etwas zum Maßregelvollzugsgesetz sagen. Ich glaube, wir haben in diesem Jahr mit der Novellierung des Maßregelvollzugsgesetzes eine gute Grundlage geschaffen. In der Schweiz haben wir uns über die Arbeit und die Erfolge der sogenannten Prognosekommission informiert. Wir würden darüber im nächsten Jahr gerne tiefergehend diskutieren, weil wir glauben, daß diese eine Hilfe darstellt, um Verhaltensprognosen für psychisch kranke Straftäter im Vorfeld der Vollzugslockerung zu erstellen und damit Gefahren von der Bevölkerung abzuwenden.

(B) Gestern ist uns ein Papier der ÖTV in die Hände gegeben worden; Sie haben es wahrscheinlich auch erhalten. Wir hatten ja Gespräche mit der ÖTV geführt - Sie, Herr Kollege Arentz, ebenso wie die SPD-Fraktion und ich. Interessant fand ich dabei - und das scheint mir eine Bestätigung Ihrer Haltung in der Frage des Maßregelvollzugs zu sein - folgendes - ich zitiere -:

"Zum Aufbrechen der Blockaden und Veränderungssperren hat die ÖTV eine konzertierte Aktion von SPD, CDU und ÖTV vorgeschlagen. Während sich die SPD an einem konstruktiven Dialog beteiligen wollte, erklärt die CDU, daß mit ihr ein solches Vorhaben nicht zu machen sei. Nach vorne gerichtete Bemühungen zur Verbesserung der Forensik in NRW will die Union erst nach den Landtagswahlen am 14. Mai."

Das scheint mir der Punkt zu sein:

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie glauben doch wohl selbst nicht, daß wir das der ÖTV erklärt hätten!)

Sie wollen Forensik, Maßregelvollzug und psychisch kranke Täter im Wahlkampf für Ihre Zwecke instrumentalisieren. Das ist Ihre Absicht. Sie

haben kein Interesse an einem fachlichen Dialog. Sie haben lediglich ein Interesse an der Zuspitzung dieses Zustandes. (C)

Insgesamt halten wir den Haushalt mit den Ergänzungen für den richtigen Weg. Insgesamt halten wir die Meinung, die der Kollege Arentz hier über die Gesundheitspolitik und die Altenpolitik des Landes vorgetragen hat, für einen Irrweg. Wir halten das, was wir im Ausschuß beschlossen haben und was im Haushalt enthalten ist, für den richtigen Weg. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Kollege Kreutz das Wort.

**Daniel Kreutz (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es dürfte in der Geschichte des Landes kaum jemals eine absurdere Organisationsentscheidung eines Ministerpräsidenten gegeben haben als die von Herrn Clement, mit der der Bereich Altenhilfe und -pflege zersägt wurde, um ein Stück einem anderen Ministerium zuzuordnen. Diesbezüglich haben wir mittlerweile einen Haufen Erfahrungen gesammelt. (D)

(Beifall bei der CDU)

Ich will zum Thema der komplementären ambulanten Dienste nicht das wiederholen, was ich schon zum Einzelplan 15 kritisch anzumerken hatte.

Die Abspaltung der Altenpflegeausbildung vom Bereich Pflege und ihre Verlagerung in die Abteilung Kinder, Jugend und Familie des MFJFG mag ja damit legitimiert worden sein, daß es hier um Belange junger Menschen geht. Was da stattfindet, geht jedoch nicht zugunsten, sondern zu Lasten der Ausbildungsplatzbewerber. Es geht aber durchaus zugunsten von Herrn Arentz, der da ein Munitionsdepot für seine Reden findet.

(Horst Vöge [SPD]: Da sucht er lange! Meistens findet er wenig!)

Tatsächlich hat die Landesregierung in der Dekung der Staubwolken, die der Ministerpräsident alljährlich auf seinen Werbetouren für Ausbildungsbetriebe aufwirbelt, die Erstausbildung in der Altenpflege drastisch heruntergefahren. Für

(Daniel Kreutz [GRÜNE])

(A) die Jahre 1996 bis 1998 bescheinigte der Regierungsgutachter einen Abbau des Ausbildungsvolumens um gut 37 %, also um über ein Drittel. Wir konnten nicht verhindern, daß der landesseitige Abbau in diesem Jahr weiterging.

Für das Wahljahr hat die Regierung den Abbau weiterer Hunderte Plätze auf dann 1.700 Plätze vorgesehen. Das wäre das Aus für manches Fachseminar im Land. Wie ein zusätzlicher Sargnagel und auch wie ein gezielter Akt des Qualitätsabbaus muß die kürzlich hinter unserem Rücken verhängte rückwirkende Kürzung der Förderpauschale für das laufende Jahr und die Ankündigung weiterer Kürzungsabsichten für das Wahljahr wirken.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Haben Sie da nicht zugestimmt? Sie sind doch in der Koalition!)

Man könnte wirklich meinen, daß da jemand im Auftrag des CDU-Wahlkampfes die Altenpflegeausbildung kaputt machen will. Derweilen bleibt in vielen Pflegeheimen die rechtsverbindliche Mindestquote an Fachkräften weiterhin unerreicht, weil keine examinierten Kräfte zu finden sind. Wir haben Fälle, wo sich die Heimaufsicht genötigt sah, eine unverzügliche Erhöhung der Ausbildungskapazitäten zu verlangen, weil die Pflegesituation nicht mehr zu verantworten sei. Der Kahlschlag bei der Ausbildung droht zum Anschlag auf die menschenwürdige Pflege alter Menschen zu werden.

(B) (Zuruf von der SPD: Daniel, du hast die falsche Rede!)

Ich frage mich ernsthaft, Frau Ministerin, wie Sie es verantworten können, diese Entwicklung noch nach draußen als bedarfsgerechte Anpassung zu verkaufen; das geht in mein schlichtes Gemüt nicht hinein.

(Beifall bei der CDU)

Unser Erhöhungsantrag, meine Damen und Herren, hat das erklärte Ziel, die Ausbildungsplatzzahl 1999 unverändert zu erhalten. Wir fordern die Landesregierung auf, das Fortbestehen aller qualifizierten Fachseminare zu sichern und ihnen eine verlässliche und qualitätssichernde Förderung zurückzugeben. Die Finanzierung dieser Aufgabe muß in der Bewirtschaftung der entsprechenden Titelgruppe absoluten Vorrang haben.

Meine Damen und Herren, das Gesundheitswesen zählt seit Jahren zu den Schauplätzen neoliberaler

Veränderung. Zur Krankenhauspolitik haben wir schon an anderer Stelle deutlich machen müssen, daß wir das Engagement aus dem MFJFG für die Durchsetzung der monistischen Finanzierung und dessen, was sich damit verbindet, mißbilligen, das sich auch gegen unseren mühsam errungenen Kompromiß beim Krankenhausgesetz gerichtet hat. Zudem gibt es erste Hinweise, daß die Landesregierung diese Kompromißvereinbarung auch dadurch unterläuft, daß sie in den Verfahren faktisch als Parteigänger der Kostenträger agiert.

Die Indizienlage spricht dafür, daß Nordrhein-Westfalen beim Umbau des Gesundheitswesens nach dem Vorbild ökonomischer Wettbewerbsmärkte zu den treibenden Kräften zählt. Solidarische Kooperation der an der gesundheitlichen Versorgung Beteiligten ist sowohl auf örtlicher wie auf Landesebene notwendig, um offene Probleme zu lösen und notwendige Weiterentwicklungen einzuleiten.

Gesundheitskonferenzen auf örtlicher wie auf Landesebene sind als Plattform zielgerichteter Zusammenarbeit wichtig. Vermehrter wirtschaftlicher Wettbewerb, Kampf um Ressourcen zwischen Beteiligten läßt allerdings Chancen der solidarischen Kooperation zum Wohl der Allgemeinheit schwinden. Markt und Solidarität sind halt widerstreitende Größen.

Die parlamentarische Kontrolle des gesundheitspolitischen Regierungshandelns wird auch für Koalitionsfraktionen nicht leichter, wenn wesentliche Schritte vorrangig mit der Landesgesundheitskonferenz abgestimmt werden und man festgeklopfte Ergebnisse im nachhinein erfährt oder wenn sich die Landesregierung mit Verweis auf bevorstehende Abstimmungsprozesse dort erst einmal keine eigene Position entlocken läßt. Auch die Landesgesundheitskonferenz ist nicht mehr frei von jenem Demokratieproblem der Bündnisse für Arbeit, daß sich der Ort wichtiger Entscheidungen von der demokratisch legitimierten Politik in kooperativistische Gremien verlagert, wo dann eher bestimmte starke Interessengruppen den Ton angeben.

In der forensischen Psychiatrie sind die wesentlichen Probleme, um die es geht, seit vielen Jahren allen Beteiligten zur Genüge bekannt. Die überflüssige Dezentralisierung der Mammutklinik von Lippstadt-Eickelborn ist nach dem Debakel von Herten ebenso eine offene Frage geblieben wie der Ausbau tragfähiger Strukturen der ambulanten Nachsorge, die maßgeblich zur Entspannung des

(C)

(D)

(Daniel Kreutz [GRÜNE])

(A) Belegungsdrucks in den Einrichtungen und damit zur Verbesserung der Sicherheitslage beitragen kann.

Der Auftrag schon des alten Maßregelvollzugsgesetzes, ein der Forensik angemessenes Personalbemessungskonzept zu fixieren, ist immer noch unerfüllt. Bei der Novellierung des Gesetzes haben wir Schäden, die durch Annäherung an rückwärtsgewandte Positionen der CDU drohten, abwenden und die rechtlichen Voraussetzungen für die Bewältigung zentraler Probleme verbessern können. Doch für die Praxis auf den Klinikstationen haben alle Debatten mit gegenseitiger Bestätigung dringender Notwendigkeiten teils seit über einem Jahrzehnt bisher keine greifbaren Resultate gezeitigt. Das Gefühl, von der Politik verlassen zu sein, hat sich dort bis heute weiter ausgebreitet.

Gleichwohl besteht meines Erachtens Anlaß zu vorsichtigem Optimismus, weil das Land seit der Übernahme des Maßregelvollzugs in unmittelbare Landesverantwortung selbst in der Verantwortung steht und sich nicht mehr hinter Zuständigkeiten Dritter zurückziehen kann.

(B) Bekanntlich zählt eine an der Realität orientierte Weiterentwicklung der Drogen- und Suchtpolitik zu den Zielen, für die die GRÜNEN in der Gesundheitspolitik insbesondere angetreten sind. In diesem Bereich gab es deshalb zweifellos besondere Hoffnungen in der Fachöffentlichkeit.

Der erste Teil des Landesprogramms zur Bekämpfung der Sucht wurde zustande gebracht, und die Philosophie vorne ist tatsächlich fortschrittlich und begrüßenswert. Das gilt für den Fokus auf das übergreifende Problem Sucht, das es zu unterscheiden gilt vom Gebrauch psychoaktiver Substanzen, wo der Staat außer konsumakzeptierender Suchtprävention nichts zu suchen hat. Das gilt auch für das Verständnis der grundsätzlichen Verschiedenheit des Suchtproblems bei Frauen und Männern. Sehr im Vagen blieb jedoch, was infolgedessen tatsächlich stattfindet und stattzufinden hat. Wir konnten erreichen, daß die Förderung drogentherapeutischer Ambulanzen konzeptionell sinnvoll ausgestaltet wurde und daß es kleine Fortschritte gab in Fragen, die Frauen besonders betreffen.

Wir begrüßen, daß es auf Initiative der Bundesregierung möglich geworden ist, für Heroinabhängige, die mit den herkömmlichen Hilfsangeboten nicht erreichbar sind, Konsumräume zur Risikominderung und zur Überlebenssicherung zu schaf-

fen und eine kleine Zahl von Betroffenen mit der gleichen Zielsetzung in den Modellversuch zur Heroinvertreibung zu nehmen.

Die suchtpolitische Wende rückwärts allerdings, die von der neuen schwarzen Mehrheit mancher Großstadt der von Herrn Arentz landesweit vorgegebenen ideologischen Linie betrieben wird, kann nur allzu leicht für manchen Junkie wieder tödlich enden.

Seitens der Landesregierung sind uns jedoch keine Initiativen bekannt geworden, die zu innovativer Bewegung im Bereich illegalisierter Drogen beigetragen hätten. Dies gilt auch für den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1994, Cannabis in bestimmten Grenzen vom Strafrecht ganz zu befreien und darüber hinaus einen Rahmen abzustecken, innerhalb dessen von Strafverfolgung abgesehen werden kann.

Statt dessen hat sie daran mitgewirkt, daß Freizeitgebrauch von Cannabis außerhalb des Straßenverkehrs jetzt mit Führerscheinentzug bestraft werden kann und teils muß, selbst wenn das für den Betroffenen existenzvernichtende Folgen hat. Dergleichen war mit dem Versprechen unseres Koalitionsvertrages, eine realitätsbezogene Neubewertung weicher Drogen vorzunehmen, nun gerade nicht gemeint.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Hoffnungen darauf, daß die Landesregierung unter Rot-Grün ihren Platz unter den Vorkämpfern einer pragmatischen und rationalen Sucht- und Drogenpolitik wieder einnimmt, haben sich in dieser Hinsicht nicht erfüllt. Es überwiegt auch in der Szene der Eindruck von Stagnation. Man könnte fast meinen, die rechte Opposition habe hier als Bremsklotz mehr Einfluß auf die Landesregierung als die Reformbestrebungen des eigenen Koalitionsvertrags.

Gleichwohl, meine Damen und Herren, habe ich pflichtgemäß um Zustimmung zur Beschlussempfehlung zu bitten. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich darf Frau Ministerin Fischer das Wort geben. Bitte schön!

(C)

(D)

(A) **Birgit Fischer**, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wo sich die Landes-CDU in gesundheitspolitischer Schwarzmalerei und die Bundes-CDU in Obstruktionspolitik gefällt, setzt die Landesregierung auch im nächsten Jahr auf Zukunftsinvestitionen im Krankenhausbereich, auf Dialog zwischen den Akteuren in den kommunalen und in den Landesgesundheitskonferenzen, auf neue Hilfeangebote für Schwerstdrogenabhängige, auf Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz, auf die Förderung der gesundheitlichen Selbsthilfe sowie auf qualitative und quantitative Verbesserungen im Maßregelvollzug.

Nach wie vor ist die Krankenhauspolitik der zentrale Bereich des Gesundheitswesens. Mit dem 1998 verabschiedeten Krankenhausgesetz werden die Zusammenarbeit der Krankenhäuser untereinander und die komplementären Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens gestärkt sowie die Neuordnung des Krankenhausplanungsverfahrens und die Neuregelung der pauschalen Förderung mit stärkerem Leistungsbezug eingeleitet.

(B) Ich muß Ihren Vorurteilen zum Trotz, Herr Kollege Arentz, sagen, daß wir die Investitionsförderung der Krankenhäuser gegenüber dem Vorjahr um 29 % aufstocken konnten. Natürlich muß man den Haushaltsplan lesen können. Auch in den Beratungen haben wir uns schon viel Mühe gegeben, zu erläutern, daß es in der Tat eine Aufstockung um 29 % ist und keine Kürzung.

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Für Neubewilligungen konnten zusätzlich 30 Millionen DM im Haushalt aufgestockt werden. Und mit der Anpassungsverordnung wird auch die pauschale Förderung um 20 Millionen DM erhöht.

Auch für Briefe, die ich erhalte, gilt, daß es manchmal Mißinterpretationen des Haushalts gibt. Ich denke, ein Blick in den Haushalt klärt es ganz einfach. Wir müssen uns hier nicht über Zahlen streiten. Der Haushalt sieht eine Erhöhung um 29 % vor.

Im Haushaltsjahr 2000 stehen circa 919 Millionen DM Barmittel und 320 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung. Schwerpunkte der Förderung im Rahmen des Investitionsprogramms 2000 mit einem Volumen von rund 270 Millionen DM sind der Ausbau der gemeindenahen Psychiatrie und Funktionsbereiche wie Operationsräume und Intensiveinheiten.

(C) Damit knüpfen wir an erfolgreiche Projekte der letzten Jahre an, wie den Ausbau der Herzchirurgie, die Schaffung von Perinatalzentren und neonatologische Schwerpunkte sowie Mutter- und Kind-Einheiten und die große Zahl von Bestrahlungsbunkern für die Aufnahme von Linearbeschleunigern.

Mit den veranschlagten Barmitteln in Höhe von 580 Millionen DM für die Pauschalförderung ist sichergestellt, daß die zum 1. Januar 1998 rückwirkend in Kraft getretenen Neuregelungen für diese Förderung, zum Beispiel die Einführung der vierten Anforderungsstufe, umgesetzt werden können.

Gleichzeitig ist bei dem Ansatz die Erhöhung der Pauschalen für die nächsten zwei Jahre um 3,5 % berücksichtigt worden. Die Landesregierung hat damit in dieser Legislaturperiode insgesamt rund 4,9 Milliarden DM für die Krankenhausfinanzierung bereitgestellt.

(D) Im Bereich des Maßregelvollzugs hat neben der Stärkung der Therapie und Sicherheit die Schaffung neuer Plätze oberste Priorität. Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 sind für Baumaßnahmen in der Forensik neben Barmitteln Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 118 Millionen DM vorgesehen, um auch größere Projekte realisieren zu können, sowie eine Verbesserung der bautechnischen Sicherung bestehender Kliniken.

Sowohl für den Maßregelvollzug als auch für den Krankenhausbau gilt, daß Verpflichtungsermächtigungen entscheidend und wichtig sind. Auch im Krankenhausbereich ist es so, daß nicht in dem Jahr der Bewilligung der Bau beginnt, sondern für die Entscheidung der Krankenhäuser letztendlich die Einstellung von VEs wichtig und entscheidend ist.

Die Umsetzung neuer Plätze im Maßregelvollzug wird allerdings nur dann erfolgreich gelingen, wenn alle Beteiligten im Land, bei den Landschaftsverbänden und in den Kommunen auch über parteipolitische Grenzen hinweg den Maßregelvollzug als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehen, die nur gemeinsam bewältigt werden kann - und zwar unabhängig von bevorstehenden Wahlen.

Meine Damen und Herren, im Bereich der Sucht- und Drogenpolitik geht es darum, den ersten Teil des Landessuchtprogramms weiter konsequent umzusetzen. Viele aus dem Bereich der Gesund-

(Ministerin Birgit Fischer)

(A) heitspolitik, die hier Verantwortung tragen, leisten dazu ihre Beiträge.

Das Land wird im nächsten Jahr für die Bereiche Alkohol, Medikamente und illegale Drogen rund 5,3 Millionen DM zur Verfügung stellen. Wir werden ferner neue Schwerpunkte setzen, zum Beispiel im Bereich der Spielsucht.

Ich hoffe, daß sich die Städte in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem Land im nächsten Jahr an dem von der Bundesgesundheitsministerin initiierten Projekt der Originalstoffvergabe beteiligen werden.

Ich bedauere sehr, was ich den letzten Pressemeldungen für die Stadt Düsseldorf entnehmen konnte. Der Oberbürgermeister Erwin scheint in der Tat zu planen, den bisherigen Ratsbeschuß umzukippen - gegen die Voten der Fachleute und gegen die ihm vorliegenden Voten der Caritas, die die bisherige Arbeit dort leistet. Er bedient sich sogar der Stimmen der Republikaner, um diese Mehrheit zu erreichen.

(B) Ich glaube, daß es notwendig ist, die Hilfestellung, die wir leisten können, für Schwerstdrogenabhängige auch wirklich zur Verfügung zu stellen. Jeder, der unmittelbar oder auch nur mittelbar davon betroffen ist, weiß, welche Hilfe dies wirklich bedeutet. Diese Hilfe zu verweigern, sollte man in der Tat überdenken, bevor man zu solchen weitreichenden Entscheidungen kommt.

Durch eine weitere Differenzierung therapeutischer Ansätze in der Drogenpolitik soll gerade die Erreichbarkeit Schwerstabhängiger sichergestellt und verbessert werden. Das Land wird zumindest seinen Teil dazu beitragen und die Projekte mit 2,2 Millionen DM im Haushaltsjahr 2000 unterstützen.

Meine Damen und Herren, mit der in den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen etablierten Struktur von Gesundheitskonferenzen, Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitszielen wurden zunächst auf der Landesebene die Grundlagen für eine auf Abstimmung und Zusammenarbeit aller Beteiligten gerichtete Gesundheitspolitik gelegt.

Mit dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst haben wir die Voraussetzungen einer flächendeckenden Umsetzung auch auf der Ebene der Kommunen geschaffen. Die zehn vorrangigen Gesundheitsziele für Nordrhein-Westfalen als Grundlage und Zielvorgabe der weiteren Arbeit

haben weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung gefunden. (C)

Meine Damen und Herren, vor wenigen Tagen ist das Zentrum für Telematik im Gesundheitswesen als GmbH gegründet worden. Wirtschaftsunternehmen, Vertreter der Landesgesundheitskonferenz sowie Vertreter der Wissenschaft und Verwaltung wirken in diesem Zentrum zusammen, um neue Chancen für die Entwicklung und Verbreitung von Telematik im Gesundheitswesen zu eröffnen. Nordrhein-Westfalen ist damit das erste Bundesland, das über eine entsprechende Kommunikationsplattform aller hier Beteiligten verfügt.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend noch kurz auf die Seniorenpolitik des Landes eingehen. Zentrale Leitidee unserer Seniorenpolitik ist es, die Selbständigkeit und Selbstbestimmung der älteren Generation zu erhalten. Eine so verstandene Seniorenpolitik beschränkt sich nicht auf den Ausgleich defizitärer Lebenslagen älterer Menschen, sondern fördert aktiv ihre Handlungs- und Innovationspotentiale. Hierzu zählen sowohl die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen, die Weiterbildung für Ältere beispielsweise im Bereich neuer Informations- und Kommunikationstechniken als auch Freiwilligenzentralen oder Seniorenagenturen, Beteiligungsprojekte und Projekte zur Entwicklung nachberuflicher und nachfamiliärer Tätigkeitsfelder. So wird ein soziales Netz aufgebaut und bürgerschaftliches Engagement zum Nutzen aller organisiert. Diese aktivierende Seniorenpolitik fördert das Land mit 8,7 Millionen DM. (D)

Damit ältere Menschen, die gepflegt werden müssen, so lange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung leben können, fördern wir die fachliche Weiterentwicklung der komplementären ambulanten Dienste. Die bestehenden komplementären ambulanten Dienste sind eine kommunale Aufgabe. Um aber nach auslaufender Regelförderung des Landes seit Ende des Jahres 1998 die Übergangsphase auch im Jahre 2000 zu erleichtern, stehen allein im Einzelplan 11 im kommenden Jahr über 13 Millionen DM zur Verfügung.

Zur qualitativen Sicherstellung der Pflege und zur bedarfsgerechten Bereitstellung von Ausbildungsplätzen sieht der Haushalt 2000 insgesamt 54 Millionen DM vor. Herr Kollege Arentz, wenn Sie sagen, die Mittel für die Förderung der Altenpflegeausbildung würden im nachhinein in diesem Jahr gekürzt, alle Träger hätten nichts davon gewußt, dann stimmt das nur sehr bedingt: Seit

(Ministerin Birgit Fischer)

(A) einem Jahr gibt es Gespräche mit der freien Wohlfahrtspflege infolge einer Prüfung des Landesrechnungshofes im Jahre 1998. Für das Jahr 1999, also für das laufende Jahr, wurden die Mittel von 700 DM nur pauschal bewilligt mit dem Hinweis darauf, daß nach erfolgter Prüfung eine Abrechnung erfolgen sollte.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das geschieht dann Mitte November, unglaublich!)

Die Wohlfahrtsverbände haben 20 unterschiedliche Seminare benannt, die geprüft worden sind. Diese Prüfung ist vorgenommen worden und hat ergeben, daß eine durchschnittliche Förderung von 660 DM für dieses Jahr gültig ist. Das heißt, wir können nicht in diesem Jahr Mittel auszahlen, die nachweislich überhaupt nicht als Ausgaben bei den Trägern vorhanden waren.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Warum kürzen Sie dann um 10 % im nächsten Jahr?)

Das heißt aber zugleich, daß wir den Trägern zusagen, daß, wenn sie nachweislich höhere Ausgaben als diese 660 DM pro Kurs haben, diese bis zu einer Höhe von 700 DM erstattet werden können, wenn diese Kosten also nachgewiesen werden, so daß mit dieser Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt lediglich eine Überzahlung verhindert wird, aber die Träger von daher keinen Nachteil durch diese Regelung haben.

(B)

Einen letzten Satz noch zu Ihnen, Herr Kollege Arentz: Wer im Wahlkampf alte und pflegebedürftige Menschen instrumentalisiert, der schreckt in der Tat vor keinem Mittel zurück. Ich bitte dringend darum, daß wir diese Diskussion nicht auf dem Rücken der Menschen austragen, um deren Unterstützung wir uns mit unserer Politik bemühen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Nach dem Beitrag der Frau Ministerin ist, wenn ich es richtig sehe, Punkt c) auch erledigt. Oder möchte noch jemand sprechen? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung zum Einzelplan 11.

Wir müssen zunächst über die Änderungsanträge abstimmen, erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/4536 zum Stichwort "Schwangerschaftskonfliktberatung unterstützen". Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer

ist dagegen? - Das ist offensichtlich die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt. (C)

Wir stimmen zweitens über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/4537 "Förderung der Altenpflege" ab. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Es gibt noch einen dritten Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/4538, Stichwort: "Bedarfsgerechtes Angebot an Hortplätzen". Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen viertens zu dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/4539, Stichwort: "Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Krankenhausbereich". Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen schließlich zur Abstimmung über den Einzelplan 11 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/4511. Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist diese Beschlußempfehlung mit der Mehrheit des Hauses angenommen worden. (D)

(Zurufe)

- Enthaltung ist nicht zu erwarten.

(Widerspruch des Daniel Kreutz [GRÜNE])

- Doch, Herr Kreutz, entschuldigen Sie bitte. Da kann man sehen, wie man als Präsident Fehler machen kann. Herr Kreutz hat sich enthalten. Das ist vermerkt.

Ich rufe auf: Einzelplan 12: Finanzministerium, in Verbindung damit: Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung.

(Zurufe: Einzelplan 02!)

- Entschuldigen Sie bitte! Ich habe mich schon gewundert, Herr Ministerpräsident, daß Sie die ganze Zeit hier aushalten.

(Heiterkeit)

Ich habe das als Respekt vor dem Parlament empfunden. Nun geht es um Ihre eigenen Angelegen-

(Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

(A) heiten. So erklärt sich dies. Ich freue mich trotzdem, daß Sie heute abend noch da sind.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 02: Ministerpräsident und  
Staatskanzlei**

Ich weise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/4502 hin und bitte um Wortmeldungen. - Herr Kollege Jostmeier für die Fraktion der CDU, bitte schön!

**Werner Jostmeier (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen also jetzt zum vorletzten Punkt der Tagesordnung, wie der Präsident gerade sagte.

Wir haben bei den Haushaltsberatungen dieser zwei Tage vor dem Hintergrund, daß im nächsten Jahr, wenn der Wähler es so will - und er will es so -, nach 34 Jahren der Wechsel stattfindet, festgestellt, daß bei den Haushaltsberatungen im kommenden Jahr wir diejenigen sein werden, die die Entwürfe machen. Wir haben uns vorgenommen, daß wir nicht nur Forderungen stellen, sondern auch sagen, welches Geld wir wofür nehmen wollen und was wir für wichtiger halten.

(B) Ich darf bei diesem Tagesordnungspunkt, bei der Staatskanzlei, vier Punkte erwähnen, wo wir ganz konkrete Vorschläge machen werden und auch gemacht haben.

Ich komme zum ersten, zur Filmstiftung. Die Filmstiftung soll im Haushaltsplan des Jahres 2000 mit 25,6 Millionen DM gefördert werden. Die SPD-Mehrheit dieses Hauses hat sogar beschlossen, daß diese Gelder verpflichtend - Herr Grätz: verpflichtend! - für diese Filmstiftung verwandt werden sollen. Wir sind der Meinung und schlagen vor, daß dieser Titel um 5,6 Millionen DM auf 20 Millionen DM gekürzt werden sollte, weil man dieses Geld nachhaltiger und sinnvoller verwenden kann. Ich will ein paar Beispiele nennen.

Haben Sie schon einmal überlegt, was man mit 5,6 Millionen DM im Bereich der Schule machen könnte? Man könnte, Herr Ministerpräsident, mit 5,6 Millionen DM ca. 60 neue Lehrerinnen und Lehrer an Bord holen. Man könnte - und das hat der Kollege Arentz heute morgen so nachdrucks-

voll mit Beispielen dargestellt - die Kürzungen, die Sie in der Landesverwaltung bei den Stellen für Auszubildende in den vergangenen vier Jahren vorgenommen haben, nämlich um mehr als 1.000 Lehrstellen - ca. 15 % gekürzt -, in etwa rückgängig machen und mit diesen 5,6 Millionen DM 1.000 Auszubildende mehr in der Landesverwaltung beschäftigen.

Was wir auf keinen Fall mittragen wollen und was wir ganz strikt ablehnen: daß dieses Geld aus der Filmstiftung oder Teile davon für so zweifelhafte Projekte wie zum Beispiel HDO verwandt werden soll. Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten aus dem "Focus" zitieren.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Der "Focus" ist genau richtig!)

- Ganz genau, der "Focus" bringt ab und zu auch Wahrheiten ans Licht, Herr Ministerpräsident. Er hat am 29. November geschrieben:

"Damit überhaupt in Oberhausen Filme bearbeitet werden, verpflichtete sich Nordrhein-Westfalen zudem, pro Jahr 7 Millionen DM aus dem Topf der NRW-Filmstiftung an HDO zu zahlen."

Meine Damen und Herren, das halten wir für völlig falsch, und das lehnen wir entsprechend ab. (D)

Ich komme zu einem zweiten Punkt. Im Haushalt sind die Titel für Landespresse- und -medienarbeit auf 3,6 Millionen DM festgelegt. Damit wird unter anderem die Neuauflage der Nordrhein-Westfalen-Design-CD-ROM bezahlt, damit wird die Broschüre "Wir in Nordrhein-Westfalen" bezahlt, und so weiter und so fort. Aber damit noch nicht genug.

Zusätzlich verfügt die Landesregierung bei diesem Titel über 1,9 Millionen DM für Repräsentationsverpflichtungen. Angesichts der desolaten Finanzsituation - und die Redner der SPD und der GRÜNEN haben doch gestern und heute mehrfach auf die angespannte Finanzsituation des Landes hingewiesen - ist die CDU-Fraktion der Meinung, daß man hier ganz erheblich reduzieren könnte und daß Verzicht geboten ist. Wenn wir das Sagen hätten, würden wir die Gelder um ca. 50 % kürzen und diese Mittel für neue Schwerpunkte, neue Prioritäten, nämlich zum Beispiel Schule, Wirtschaft, Familie und innere Sicherheit, festlegen.

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Wir haben in den Haushaltsberatungen mehrfach festgestellt